

Interrogation Nr. 2154



Vernehmung des Kuno WIRSICH  
am 13.10.1947 von 15.00 bis 18.10 Uhr  
durch Mr. Herbert H. MEYER und Mr. E.H. SCHWENK  
auf Veranlassung von Mr. E.H. SCHWENK, SS-Section.  
Stenographin: Betti Goetz.  
-----

1.Fr. Geben Sie bitte Ihren Namen an.

A. Kuno WIRSICH.

2.Fr. Bevor wir zu diesem Verhoer kommen, muss ich Sie einschworen. Sie sind sich bewusst, was ein Eid bedeutet?

A. Ja.

3.Fr. Stehen Sie bitte auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und sprechen Sie mir nach:  
Ich schwore bei Gott ...

A. Muss das sein?

4.Fr. Ich schwore, dass ich die reine Wahrheit sage, nichts verschweige und nichts hinzusetzen werde.

A. Ich schwore, dass ich die reine Wahrheit sage, nichts verschweige und nichts hinzusetzen werde.

5.Fr. Was ist jetzt Ihr Beruf?

A. Rechtsanwalt. Ich bin im September 1945 von der Militaerregierung wieder zugelassen worden als Rechtsanwalt.

6.Fr. Geben Sie nun in kurzen Zuegen Ihren Lebenslauf an.

A. Ich wurde am 9. Januar 1908 in Niewisch, Kreis Luebben/Brandenburg geboren. Ich besuchte die Volksschule in Niewisch, spaeter in Tschecherzig. Von da aus besuchte ich von 1918 bis 1926 ein humanistisches Gymnasium in Zilidan, machte 1926 das Abitur, studierte Jura in Kiel, Breslau, Berlin von 1926 bis 1930. Im

A. Januar 1931 machte ich das erste Staatsexamen, Referendar-Examen am Kammergericht in Berlin. Bis Ende 1934 war ich im juristischen Vorbereitungsdienst (Referendarzeit) bei diversen Gerichten. Im April macht 1935 machte ich das zweite Staatsexamen, Assessor-Examen beim Reichsjustizprüfungsamt Berlin. Vom 1. Mai 1935 bis 31. März 1938, also rund 3 Jahre war ich tätig als juristischer Sachbearbeiter bei der deutschen Siedlungsbank in Berlin, bin dann ausgeschieden, um Rechtsanwalt zu werden. Mein erster Versuch als Rechtsanwalt zugelassen zu werden, 1935 bereits, war gescheitert. Der Juristenbund verschleppte mein Zulassungsgesuch, weil von der Partei eine Warnung vorlag. Ab 1. Mai 1938 war ich Anwaltsassessor bei Rechtsanwalt SCHREGMANN (?), von GRIES und GOETZ, den Sie ja kennen.

7.Fr. Wieso wissen Sie, dass wir ihn kennen?

A. Er ist ein bekannter Mann. Ich nehme an, dass Sie wenigstens den Namen kennen. Nun kommt die politische Seite.

8.Fr. Waren Sie Mitglied der Partei?

A. Fraglich.

9.Fr. Haben Sie Antrag gestellt?

A. Ja, am 20. April 1932 und bin wieder ausgetreten vor Erhalt einer Mitgliedskarte, am 13. September 1932.

10.Fr. Wie ist es mit der SS?

A. In die SS eingetreten bin ich zunächst in Hirschberg/Riesengebirge, Ende Juli oder Anfang August 1933, zurückdatiert auf den 30. Juni 1933, den offiziellen Aufnahmeschlussstermin.

11.Fr. Was war Ihr Dienstgrad am Anfang?

A. Keiner.

12.Fr. Sie hatten keinen Dienstgrad?

A. Nein, ich war vorläufiger Bewerber. September oder Oktober bin ich von Hirschberg nach Berlin verzogen und habe mich dort zunächst nicht wieder zur SS ge-

A. meldet. Da ich bis dahin nur Bewerber gewesen war und noch keine Aufnahmeblätter erstellt waren, war ich praktisch formlos aus der SS ausgeschieden. Ich trat in Berlin wieder in die SS ein im Frühjahr 1934. Beide Eintritte in die SS erfolgten auf Anordnung oder Wunsch der illegalen kommunistischen Partei.

13.Fr. Waren Sie nun Mitglied?

A. Ja.

14.Fr. Welchen Dienstgrad hatten Sie?

A. Zum Schluss Hauptsturmführer.

15.Fr. Am Anfang?

A. 1934 im Februar trat ich endgültig ein und wurde ...

16.Fr. Was war Ihr Anfangsdienstgrad, nachdem Sie angenommen waren?

A. SS-Mann. Ich wurde ungefähr August 1934 SS-Mann, dann noch im gleichen Jahr ein- oder zweimal befördert, im nächsten Jahr wieder, sodass ich schon 1936 Oberscharführer war. Seit Mai 1934 gehörte ich innerhalb der SS zum Stabe der 75. SS-Standarte, und zwar dann laufend bis zum 6. September 1939.

17.Fr. Haben Sie in der SS besondere Dienste geleistet? Kriegsdienste?

A. Ich war im Stabe der 75. Standarte Rechtsberater und Disziplinar-Sachbearbeiter.

18.Fr. Sie sind aus der SS ausgetreten?

A. Ausgetreten, meine Mitgliedschaft endete formlos, dadurch, dass ich verzog.

19.Fr. In der Rechtsabteilung waren Sie wann?

A. Seit Mai 1934.

20.Fr. Da waren Sie in der SS?

A. Ja, Februar 1934 endgültig zur SS. Auch dieser Eintritt wurde wieder zurückdatiert auf den 30. Juni 1933.

21.Fr. Dann 1934 wurden Sie Rottenführer?

A. Ja.

22.Fr. Am 9.11. Unterscharführer, SS-Schaffführer und Oberscharführer - Dokument wird vorgelesen. -

A. Ja, das ist richtig.

23.Fr. Wann kamen Sie zum ersten Mal mit dem Stabshauptamt in Verbindung?

A. Am 14. Januar 1940. Am 6. September 1939 wurde ich zur Waffen-SS eingezogen, brachte es dort bis zum Schuetzen und LKW.-Fahrer. Zuletzt war ich beim 2. Grad-schuetzenschwadron der Aufklaerungsabteilung der Totenkopf-Division.

24.Fr. 1940 waren Sie zum ersten Mal beim Stabshauptamt?

A. Jawohl. Am 14. Januar 1940 wurde ich entlassen oder abkommandiert, ich weiss nicht zum Stabshauptamt.

25.Fr. Von wo entlassen?

A. Von der Totenkopfdivision, es ist aber nie klar geworden, in welcher Form es geschah.

26.Fr. 1940 waren Sie beim Stabshauptamt, in welcher Stellung?

A. Seit 16. Januar 1940 zunaechst Sachbearbeiter in der Rechtsabteilung.

27.Fr. Unter wem?

A. GOETZ.

28.Fr. Welches Sachgebiet?

A. Siedlungs-und Bodenrecht und dann die verschiedenen Sachen, die GOETZ mir zu-teilte.

29.Fr. Z.B.?

A. Z.B. Steuersachen.

30.Fr. Usw. und dann?

A. Dann wurde GOETZ ungefuehr im Februar 1942 Chef des Amtes Wirtschaft und ich selbst rueckte auf und wurde Leiter der Rechtsabteilung. Der offizielle Titel lautete: Hauptabteilungs Rechtsberatung, sodass ich auch zeitweilig als Haupt-abteilungsleiter bezeichnet wurde. Diese Stellung hatte ich bis zum Zusammen-bruch. Zwischendurch war ich im April 1940 als Rechtsanwalt beim Landgericht Berlin zugelassen worden und uebte meine Praxis gleichzeitig mit der Taetigkeit beim Reichskommissar aus. Ich muss noch klarstellen, wenn ich vorher sagte, Ab-

A. kommandierung zum Stabshauptamt, dann meine ich das spätere Stabshauptamt, damals war es noch Dienststelle, aber immer der gleiche Laden.

31.Fr. Sagen Sie, ich will mich mit Ihnen ueber die Taetigkeit des Stabshauptamtes unterhalten, nicht ueber Sie, sondern ueber das Stabshauptamt. Dazu koennen Sie nur etwas sagen, wie weit Sie indirekt oder direkt beteiligt waren. Die meisten Leute sagen am Anfang immer; Ich habe nichts damit zu tun.

A. Im Gegenteil, ich habe viel damit zu tun.

32.Fr. Das moechte ich von vornherein vermeiden. Sie sind jetzt als Zeuge hier und selbstverstaendlich ist Ihre Person dabei beteiligt. - Ich moechte zunaechst allgemein anfangen: Welches war die Stellung von GREIFELT im Stabshauptamt, das Verhaeltnis zu HIMMLER. War GREIFELT der Mann oder nicht?

A. Im Stabshauptamt der Mann.

33.Fr. Von Ihrer Taetigkeit in der Rechtsabteilung werden Sie sicherlich wissen, dass in verschiedenen Faellen HIMMLER Verfuegungen unterschrieben hat, die von GREIFELT HIMMLER zur Unterschrift vorgelegt wurden. Wissen Sie davon?

A. Ja, sicher.

34.Fr. Verfuegungen, die letzten Endes von HIMMLER unterschrieben wurden?

A. Es gab Befehle, die vom Reichsfuehrer SS/ Persoenlicher Stab kamen mit dem Diktatzeichen Rf, dann Befehle vom Persoenlichen Stab mit dem Diktatzeichen Br., von Rudi BRANDT und unterschrieben von HIMMLER. In beiden Faellen handelte es sich um Dinge, wo die Initiative von HIMMLER persoenlich herunterkam. Es kam aber auch vor, dass ein Vorgang von GREIFELT bei HIMMLER zur Sprache gebracht war durch Vortrag und daraufhin ein Befehl von HIMMLER kam der aeusserlich wie ein Initiativ-Befehl von HIMMLER aussah. Es kam ferner vor...

35.Fr. Der entworfen worden ist und zugeschickt worden ist?

A. Das kam vor, ja.

36.Fr. Das kam haeufig vor?

A. Nicht haeufig, weil GREIFELT relativ selten zu HIMMLER kam.

37.Fr. Das hat mit dem Kommen nichts zu tun. Ich kenne dutzende von Faellen, wo die entworfenae Verfuegung zugeschickt wurde.

A. Die naechste Variation ist die, dass im Stabshauptamt ein Problem akut wurde, das GREIFELT nicht selbst loesen wollte, wo er eine Entscheidung des Reichsfuehrers, einen Befehl herbeifuehren wollte. In diesen Faellen wurde ~~er~~ entweder der bereits erwaehte Weg beschritten oder was haeufiger geschah, dass er eine Vorlage machte. Die Ausarbeitung dieser Vorlage geschah sehr oft durch mich, weil ich als der beste Stilist galt und HIMMLER sehr schaurrig war in der deutschen Sprache. Er hat z.B. etwa 1942 angeordnet, dass bei solchen Vorlagen, die ihm gemacht wurden, der Name des Verfassers, des Referenten unter dem Briefkopf auf dem Brief, der an ihn gerichtet war, stehen musste und er wollte die Referenten, die ein schlechtes Deutsch schrieben, persoenlich belehren oder kennenlernen. Ich erinnere mich an ein Beispiel, wo er eine laengere Ausarbeitung schickte ueber seine Gedanken ueber die kuenftige Siedlung.

38.Fr. So heisst es nicht, "Gedanken ueber die ... ". Sie meinen das Geheimdokument?

A. Nein, es war eine offene Sache und behandelte die Regelung, Neugestaltung der Siedlung und schloss mit den Worten: Zins darf keiner genommen werden. Das ist ein Beispiel seiner Kenntnisse im Deutschen.

39.Fr. In diesem Falle ...

A. In vielen Faellen wurden Vorlagen vom Stabshauptamt schriftlich ausgearbeitet und mit oder ohne Entwurf fuer einen von HIMMLER zu unterzeichnenden Befehl an den Persoenlichen Stab geschickt. Teilweise lag der von HIMMLER zu unterschreibende Befehl im Entwurf dieser Vorlage bei, teilweise sparte man sich diese Muhs, wenn man nicht genau wusste, wie HIMMLER die Sache regeln wollte.

40.Fr. Welche Stellung hatte GREUTZ im Stabshauptamt?

A. Er war der Mann, der die innere Organisation und formell auch Vertretung von GREIFELT in dessen Abwesenheit ~~xxxxxxx~~ hatte. Sachlich hatte er keinen Ueberblick, ich moechte sagen, weniger Ueberblick als ein normaler Amtschef hatte.

- 41.Fr. Wie kommt es, dass CREUTZ eine Anzahl von wichtigen Verfassungen unterschrieben hat?
- A. In Vertretung wahrscheinlich, wenn GREIFELT weg war. GREIFELT war laengere Zeit krank und beurlaubt, ich glaube, mal 3 Monate. Waehrend dieser Zeit unterschrieb CREUTZ in Vertretung des Chefs des Stabshauptamtes.
- 42.Fr. GREIFELT unterschrieb i.V.?
- A. Das bedeutet in diesem Falle, dass er nicht in seiner Eigenschaft als Chef des Stabshauptamtes unterzeichnet, also als einer der vielen Hauptamtschefs, sondern als Vertreter. Insofern hatte GREIFELT zumindest auf dem Papier eine Stellung, die ihn etwas ueber die anderen Hauptamtschefs hinaushebt.
- 43.Fr. Er war aber Chef?
- A. Ueber die anderen Hauptamtschefs, Reichssicherheitshauptamt, Vomi usw. Weder LORENZ noch HEYDRICH noch HILDEBRANDT hatten, soviel ich weiss, die Befugnis, zu unterzeichnen mit der Unterschrift: Reichskommissar, in Vertretung.
- 44.Fr. Als Chef des SS-Hauptamtes?
- A. Wohl als Chefs ihrer eigenen Hauptaemter konnten sie praktisch mehr Befugnisse haben als GREIFELT. GREIFELT konnte z.B. nicht unterzeichnen: Der Reichsfuehrer SS, Chef der deutschen Polizei, i.V. in der Eigenschaft als Reichskommissar war GREIFELT der einzige, der i.V. zeichnen durfte.
- 45.Fr. Ich komme darauf zurueck, dass der Reichskommissar doch ungeheuer gross war. Das umfasste ja beinahe alle Hauptaemter und GREIFELT zeichnete doch im ganzen Umfang, also nicht in kleinerem Umfang?
- A. Ja, insofern war er Chef auf dem Papier jedenfalls der vier Hauptaemter des Reichskommissars.
- 46.Fr. Naemlich?
- A. Seit 1941 etwa war das Stabshauptamt, Vomi, Reichssicherheitshauptamt, Rasse- und Siedlungshauptamt. Diese vier zusammen bildeten die Hauptaemter des Reichskommissars.

47.Fr. War das eine besondere Verfassung, dass die vier unter dem Reichskommissar standen?

A. Das hat sich im Laufe der Zeit herausgebildet und fand seinen ersten Niederschlag, als HIMMLER zum Reichsleiter fuer Volkstumsfragen in der Reichsleitung der Partei bestellt wurde. HIMMLER bekam in dem Augenblick die Stellung eines Partei-Beauftragten fuer Volkstumsfragen und in dieser Eigenschaft machte er eine Verfassung, in der er abgrenzte, wie er in seiner Eigenschaft als Reichskommissare seine Funktion als Reichskommissar wahrnehmen lassen wollte durch seine Hauptaemter.

48.Fr. Das ist die beruehmte Verfassung, ich kenne Sie und das ist die grundlegende Verfassung, die zeigt, dass alle 4 Aemter unter dem Reichskommissar standen, das heisst, dass praktisch GREIFELT ...

A. Nein, das bedeutet nicht, dass von diesem Zeitpunkt ab GREIFELT eine Stellung verlangte, die ihn in die Lage versetzt haette, den anderen Aemtern Weisung zu geben in Volkstumsangelegenheiten, sondern die Verfassung brachte nur eine Arbeitsteilung zum Ausdruck, die schon vorher bestand. GREIFELT war sehr stolz darauf, aber praktisch bedeutete es nichts. Also HETDRICH z.B. haette sich nie gefallen lassen, von GREIFELT Weisungen entgegenzunehmen. Also auf dem Papier war GREIFELT Chef auch der anderen Hauptaemter des Reichskommissars und durfte allein i.V. zeichnen, aber/haette nie riskieren duerfen, den anderen Hauptaemtschefts Weisungen zu geben.

49.Fr. Dann unterschrieb HIMMLER, dann wurde eben dieser Weg beschritten, stimmt das?

A. Nein, das stimmt nicht, weil kein Hauptaemtschef riskieren durfte, Zwistigkeiten mit anderen Hauptaemtschefts vor HIMMLER zur Sprache zu bringen. Man musste den Weg der Verhandlung beschreiten.

50.Fr. Wie kommt es, dass eine Anzahl von Aktenstuecke da sind, wo GREIFELT hinzueugt, dass die Verfassung von HIMMLER unterschrieben werden muss, weil z.B. KOCH ...

A. Das ist etwas anderes. Die Verhältnisse zu den Gauleitern waren so, dass GREIFELT wegen seiner jungen Parteizugehörigkeit nicht riskieren durfte, einmal den Gauleitern Weisungen zu erteilen.

51.Fr. Bestanden Beziehungen zum Stabshauptamt vom Höheren SS- und Polizeiführer, als Beauftragter des Reichskommissars?

A. Zunächst war diese Regelung sehr buntscheckig. Nicht überall waren die Gauleiter und Reichsstatthalter Beauftragte des Reichskommissars. In einzelnen Gauen waren es die Höheren SS- und Polizeiführer.

52.Fr. Ich habe die ganze Liste hier. Die Dienststellen des Beauftragten, also die meine ich, wie waren die Beziehungen zwischen dem Stabshauptamt und diesen Leuten?

A. Ganz verschieden, die Beziehungen zwischen dem Reichskommissar, Stabshauptamt und den einzelnen Beauftragten gingen ganz davon ab, ob diese speziellen Beauftragten eine politisch oder menschlich starke oder schwache Persönlichkeit waren. Es gab einzelne Gebiete wo GREIFELT sich mit den Gauleitern gut stand.

53.Fr. Unterstanden diese Leute der Verfügungsbefugnisse GREIFELT's als Vertreter HIMMLER's?

A. Ja.

54.Fr. Das heisst, wenn beschlossen wurde, so und soviel Leute sollen im Warthegau, Posen angesiedelt werden, dann musste das der Höhere SS- und Polizeiführer ausführen?

A. Er musste es an sich tun, ob er es tat, hing von seinem Gusto ab. So und so oft hiess es, wenn GREIFELT etwas angewiesen hatte: Wir können nicht oder wir wollen nicht.

55.Fr. An sich unterstand der sogenannte Beauftragte dem Reichskommissar.

A. Rechtlich und zuständigkeitsmässig einwandfrei.

56.Fr. Einschliesslich Gauleiter?

A. Für diese Frage gab es eine besondere Regelung, einen Erlass des Innenminister's

FRICK vom Dezember 1939, der meines Wissens vom 10. Dez. datiert, da hat FRICK als Innenminister diese neu geschaffene Behörde des Reichskommissars der Innen-Verwaltung zur Kenntnis gebracht und klar gemacht, dass es sich beim Reichskommissar um eine oberste Reichsbehörde handelt und es ist den Weisungen zu folgen. Ob sie es taten ist noch eine Frage fuer sich.

57. Fr. Sie meinen ueberhaupt nicht ?

A. Selten.

58. Fr. Wie konnte die Ansiedlung vor sich gehen ?

A. Nur bei der Behörde der Mittelstufe, mit den Weisungen, wenn GREISER selbst Interesse daran hatte, in seinem Gau 40000 Balten hereinzubekommen. Dann durfte GREIFELT ihm eine entsprechende Weisung schicken. Immer musste vorher Fushlung genommen werden, und das Einverstaendnis des Gauleiters herbeigefuehrt werden. Ich habe es persoenlich erlebt auf einer Sitzung bei HIMMLER im Dezember 1943, dass er, da er ueber den Reichsstatthalter FORSTER mit dessen Volkstumspolitik ganz einverstanden war, aeusserte: Meine Herren, gewoehnen Sie sich daran, dass Danzig/Westpreussen nicht mehr zum Reich gehoert, FORSTER hat das zu regieren.

59. Fr. Wie war die Stellung von Konrad MEYER-NEELING ?

A. Er war Chef des Planungsamtes, frueher Hauptabteilung Planung, SS-Oberfuehrer, ein sehr ehrgeiziger Mann, der es als einer der wenigen Antschefs fertig bracht auch persoenlich wiederholt zu HIMMLER zu kommen, auch ohne Anwesenheit von GREIFELT, dass dieser offenbar nicht sehr gerne sah. Er ~~residierte~~ <sup>residierte</sup> waehrend der ganzen 5 Jahre getrennt vom Stabshauptamt, in Berlin-Dahlem und hatte einen starken Kontakt ...

60. Fr. Welche Stellung hatte er ?

A. Chef des Planungsamtes. Im wesentlichen befasste sich das Planungsamt mit der Ausarbeitung irgend welcher Entwuerfe, die nicht realisiert wurden. Z.B. eine monatelange Arbeit an einem Generalplan Ost.

61. Fr. Wie stand es mit dem Zentralbodenamt ?

A. Das Zentralbodenamt war zunaechst verhaeltnismaessig selbstaendig. Es wurde zu der Zeit, als ich zum Reichskommissar kam, also im Fruehjahr 1940, regiert von SS-Gruppenfuehrer Frhr. v. HOLZSCHUERER, der sich von dem Oberfuehrer bzw. Brigadefuehrer GREIFELT, keineswegs hinein reden liess.

62. Fr. Welcher Behoerde gehoerte das Zentralbodenamt an ? Zu dieser Zeit ?

A. Keiner.

63. Fr. Es war eine unabhængige Reichsbehøerde ?

A. Ja.

64. Fr. Von wem ist es eingesetzt worden ?

A. Von HIMMLER persoenlich, als eine Dienststelle des Reichskommissars, neben geordnet der Kurfuerstendamm-Dienststelle.

65. Fr. Also gab es damals die Dienststelle des Reichskommissars und das Zentralbodenamt ?

A. Ja.

66. Fr. Das unterstand nicht der Dienststelle des Reichskommissars ?

A. Ich kann es nicht mit Sicherheit sagen, wie es auf dem Papier aussah. Tatsaechlich war es so, dass Frhr. v. HOLZSCHUERER sich von GREIFELT nicht's sagen liess, aber dieser Zustand dauerte nicht lange. Ich glaube, dass schon im Fruehjahr oder Sommer 1940, HOLZSCHUERER von GREIFELT abgeschossen wurde, wie, habe ich im einzelnen nicht erfahren, aber es hiess, dass GREIFELT ihn unmoeglich gemacht hatte.

67. Fr. Was geschah dann ?

A. Dann wurde das Zentralbodenamt eine Hauptabteilung bzw. ein Amt der Dienststelle GREIFELT. Ich kann es im einzelnen nicht sagen. Spaeter war MUNDT da.

68. Fr. Und MEYER-HEFLING fuer ein 3/4 Jahr vor MUNDT.

A. Ich kenne den Namen nicht: MEYER-HEFLING. Sie meinen doch Prof. MEYER ?

69. Fr. Ja.

A. Er war meines Wissens nie Chef des Zentralbodenamtes.

70. Fr. FIEDLER muss das doch wissen ?

A. Ja, MEYER war Amtsgruppenchef.

71. Fr. Bevor die Amtsgruppen geordnet waren, war er Leiter des Zentralbodenamtes.

A. Mag sein, ich sagte schon, ich weiss es nicht genau, die Personalbesetzung im einzelnen.

72. Fr. Kann es moeglich sein ?

A. Ja, auf jeden Fall war MEYER sogenannter Amtsgruppenchef. Der Organisationsplan des Stabshauptamtes ist etwa 1942 aufgestellt worden, enthielt unter dem Chef des Hauptstabesamtes Stabshauptamtes zunaechst eine Einteilung der Dienststelle in 3 Amtsgruppen. Zu jeder Amtsgruppe gehoerten 3 Aemter. GREIFELT selbst war ein Amtsgruppenchef, MEYER der Zweite, KREUTZ wohl der Dritte. Das war eine Sache die nie ausserlich noch rechtlich in Erscheinung getreten ist.

73. Fr. War es nicht so, dass die Amtsgruppe C doch in Erscheinung trat wegen dem Verhaeltnis MUNDT & GREIFELT ?

A. Das ist schon richtig, dass die Amtsgruppe C, also MEYER, der starke Selbstaeendigkeitsbestrebungen hatte, selber ausubte. Bei MEYER hat die Stellung des Amtsgruppenchefs eine gewisse praktische Bedeutung erlangt. Und zwar vor allen deshalb, weil das Zentralbodenamt raeumlich getrennt sass.

74. Fr. Und das persoenliche Verhaeltnis MUNDT-GREIFELT ?

A. Da bin ich nicht unterrichtet. Ich glaube es hat mal eine Differenz gegeben.

75. Fr. Wie hat sich das abgespielt, die Aufrechterhaltung der Amtsgruppe C. ?

A. Das kann ich im einzelnen nicht sagen.

76.Fr. Sie waren bei Amtsgruppen-Besprechungen. Da ist MUNDT nicht erschienen, er hat sich vertreten lassen durch MEYER ?

A. Nicht durch MEYER, bei den Amtschefs-Besprechungen meinen Sie, MUNDT hat nie dabei gesessen. MEYER kam als Chef des Planungsamtes.

77.Fr. Und hat Sachen des Zentralboden-Amtes vorgetragen ?

A. Nein, die wurden von einem anderen vorgetragen, von FIEDLER oder KOCH.

78.Fr. Die Planung in den Ostgebieten ging die nicht durch MEYER's Amt ?

A. O, ja, in gewissen Dingen. Planungsgrundsätze wurden z.B. von ihm aufgestellt. Er machte eine Raumplanung.

79.Fr. Ich meine, was wurde von diesen Sachen verwirklicht ?

A. Verwirklicht wurde u.a. eine Richtlinie ueber den landwirtschaftlichen Aufbau der Ostgebiete.

80.Fr. Landwirtschaftsgestaltung ?

A. Ja, auch, das ist moeglich. Das sind Dinge die niedergelegt sind in der Allgemeinen Verordnung des Reichskommissars, im Menscheninsatz nicht. Es war eine Sammlung der Allgemeinen Anordnungen des Reichskommissars.

81.Fr. Haben Sie diese ?

A. Nein, aber Sie haben sie. Sie waren noch vorhanden.

82.Fr. Wann ?

A. Nach dem Zusammenbruch, als ich zuletzt die Akten des Reichskommissars sichte- und verwaltete. Das sind lose Blätter, Aktenpläne der Allgemeinen Anordnungen, zusammengestellt und nummeriert von 1 bis 62, glaube ich. Ich nehme an, dass Sie noch einen dicken Bericht haben mit vielen Anlagen.

83.Fr. Ich habe von Ihnen eine Eidesstattliche Versicherung von damals.

A. Nein, das laeuft nicht unter meinem Namen, wenn LIPMAN es ins Englische uebersetzt hat.

84.Fr. Wissen Sie wo LIPMAN jetzt ist ?

A. Ja: Eric M. LIPMAN 65. west 95th Street Apt 10 C New-York 25, New-York/USA.

85.Fr. Er ist nicht mehr in Deutschland ?

A. Nein, das war der Grund, dass ich damals in diesem Prozess <sup>ge</sup>ausbuhlt wurde.

86.Fr. Erzählen Sie mal ?

A. Ich werde Ihnen einen Brief von LIPMAN geben, da ist es genau geschildert. Das war der Grund, weshalb ich immer glaubte, ich sollte als Entlastungszeuge geladen werden.

87.Fr. Hat jemand mit LIPMAN zusammengearbeitet, der vielleicht noch in Deutschland ist.

A. Das war in Freising, die Dienststelle wurde im Herbst 1945 aufgelöst. Die Akten wurden von mir am 2. September 1945 zur MCC gebracht, Kassel, Fuerstenhagen.

88.Fr. Ist sie jetzt noch da ?

A. Nein.

89.Fr. Wohin ist sie verlegt worden ?

A. 6 1/2 Waggon Akten wurden im Januar 1946 nach Berlin-Tempelhof verfrachtet; und sie waren in dieser Zeit, wie mir berichtet wurde, in einem fuerchterlichen Zustand.

90.Fr. Ja, ich habe sie gesehen. Koennen Sie nach Berlin fahren, dass Sie das raus finden ?

A. Ja, ich kann es machen. Vielleicht koennen Sie sich zunaechst in Verbindung setzen mit dem Chef der Political ..., um festzustellen, ob die einzelnen Kisten noch da sind. Vielleicht koennte man einzelne Kisten anfordern. Ich habe ein Verzeichnis gemacht.

91.Fr. Ich habe das Verzeichnis hier, aber ich habe diese Sammlung nie gesehen.

A. Ich hatte in diesem Verzeichnis einzelne grosse Bestaende von Akten nur allgemein beschrieben, hatte aber auch einzelne Kisten, die nach meiner Meinung fuer den Gerichtshof interessant waeren, zusammen gesucht. Ich hatte auch eine kurze Beschreibung der einzelnen Akten gegeben.

92.Fr. Ich weiss, zwischen der Inventur und was ich in Berlin gesehen habe, hat manches gar nicht gestimmt, was in den einzelnen Kisten war. Jedenfalls die Kisten, die herum lagen, das war ein fuerchterliches Durcheinander, ausser der Kartothek von den Umsiedlern, das war das einzige, was zusammen war.

A. Die Kisten waren beschriftet mit weisser Farbe.

93.Fr. Die Kisten sind alle bereits geoeffnet gewesen. Es waere nur eine Moeglichkeit um das zu finden, diese Sammlung von Verfuegungen, das Sie selbst es versuche etwas herauszufinden.

A. Es hat mir sehr leid getan, diese Vorgaenge im Sept. 1945. Ich habe mit der Document ... zusammen gearbeitet, kam dann nach Kassel und sah da man nahm Anstoss an meinem Fragebogen wie ich hoerte, wohl nicht wegen meiner SS-Zugehoerigkeit, sondern wegen der KPD-Zugehoerigkeit. In Kassel wurden Herren vom Auswaertigen Amt eingesetzt fuer die Akten.

94.Fr. Ein Teil ist ja in Menschen-Einsatz, aber nur der geringe Teil.

A. Das Erste, aber das auch nicht vollstaendig. Das ist nur eine Sammlung von Zeilen, die im Amt I betrafen. Der Schwerpunkt der Arbeit des Stabshauptamtes lag ja doch bei Amt IV, landwirtschaftlicher Sektor, bei HIEGE.

95.Fr. Es ist vielleicht doch fuer die Anklage etwas anders.

A. Sicher, die kriminell interessanten Dinge moegen bei Amt I liegen, aber der Schwerpunkt war bei III und IV, Wirtschaft und Landwirtschaft, Ansiedlung der Umsiedler auf diesen beiden Sektoren.

96.Fr. Nehmen wir mal die einzelnen Sachen durch. Von SCHWARZENBERGER moechte ich noch gerne etwas wissen.

A. Genannt "Ottelchen", charakterisiert die Bedeutung, die man ihn in der Dienststelle beimaass, galt als gutmuetig und vertrottelt, wurde nicht ganz ernst genommen, Typ eines gehobenen Zahlmeisters, war aus der Verwaltungslaufbahn der SS und diese Herren wurden schnell befoerdert, hatte ein Personal sehr stark besetztes Amt, aber meist bestehend aus untergeordneten Leuten, Besoldung,

Revision, Kasse. Der Reichskommissar hat insgesamt 1 Mill. Reichsmark an Reichsmitteln verbraucht. Schon daraus ergibt sich, dass ein recht beträchtlicher Mitarbeiterstab im Amt V vorhanden war. Dieses Amt wurde von SCHWARZENBERGER nur notduerftig zusammengehalten. SCHWARZENBERGER selbst war gekennzeichnet dadurch, dass er sehr zur Sparsamkeit neigte, ueberall zu streichen und verweigern suchte. Sachlich konnte er sich der Anzeahlung von Mitteln fuer eine von anderer Stelle durchgefuehrte Aktion nicht widersetzen, nicht einmal innerhalb des Stabshauptamtes.

97.Fr. Fangen wir mit SCHWARZENBERGER's Finanzen an. Trotz der vielen Mittel die das Stabshauptamt vom Reich bekommen hat, hat das Stabshauptamt eine Menge Sachen gebraucht, z.B. Kleider, Moebel, fuer Umsiedler. Welcher Teil von den Moebeln sind von Litzmannstadt und anderen kisteriosen Staedten besorgt worden, Ghetto-Aktion?

A. Der geringste Teil.

98.Fr. Was ist da ueberhaupt geschehen?

A. Von der Ghetto-Aktion habe ich einmal gehoert, und zwar, wenn ich mich nicht sehr tauesche, in einer Amtschefs-Besprechung in Schweiklberg, also zwischen dem 20. Dez. 1943 und dem 15. Jan. 1944, zwischen diesen beiden <sup>Daten</sup> ~~Daten~~ fand eine Amtschefs-Besprechung in Schweiklberg statt, bei der entweder GOETZ oder HOFFMANN oder SCHWARZENBERGER vortrugen, dass die Moeglichkeit bestuende, Moebel zu bekommen. Ich moechte zunaechst vorsichtshalber sagen, die aus den geraeumten Ghetto Litzmannstadt stammten.

99.Fr. Das war die Raeeumung, also nach der Raeeumung.

A. Ja, und wenn ich mich nicht sehr tauesche ging es darum, dass die Gauselbstverwaltung in Posen diese Moebel oder die Aufbereitungskosten dieser Moebel vom Reichskommissar bezahlt haben wollte und dazu zeigte GRUETZELT oder die betreffenden Amtschefs keins rechte Lust, weil ihnen nicht klar war, wie so die Gau-

selbstverwaltung dazu kam, diese Moebel zu versilbern. Es war da, wenn ich mich nicht tauesche fuer Beschlagnahme nur die HTO zustaeendig.

100.Fr. Wissen Sie, ob Moebel reingekommen sind fuer das Stabshauptamt ?

A. Nein, ich glaube nicht, dass die Aktion durchgefuehrt wurde, ich weiss nicht, was daraus geworden ist.

101.Fr. Das war eine andere Ghetto-Aktion, schon vorher.

A. Das ist mir nicht bekannt.

102.Fr. Was war "Ottelchen", war er aktiv beteiligt ?

A. Das kann auch Amt III gewesen sein.

103.Fr. RUMBERT, GOETZ, SCHWARZENBERGER ?

A. Ich weiss, dass SCHWARZENBERGER nicht bezahlen wollte. Jedenfalls nicht doppelt bezahlen wollte.

104.Fr. Von Auschwitz wissen Sie auch nichts ? Dieser ganze Komplex ist Ihnen nicht bekannt ?

A. Ich weiss, dass insgesamt das Stabshauptamt fuer rund RM 50 Mill. Moebeln und Ausruestungsgegenstaende beschafft hat, auf dem schwarzen Markt in Paris, Amsterdam, aber die Beschaffung alter Moebel ist mir nicht bekannt. Ich kenne nur serienweise hergestellte Garnituren.

105.Fr. Wie weit hat das Stabshauptamt Beschlagnahme ausgesprochen.

A. Zunaechst auf Grund eines Milrund-Erlasses des Reichsfuehrer SS, Chef der deutschen Polizei vom 16. Dezember 1939, durch die Gestapostellen, in den eingegliederten Ostgebieten. Diese Beschlagnahme erfolgte durch Stapo-Stellen zur Verfuegung des Reichskommissars und diese vorlaeufige Regelung, die sich auf das allgemeine Polizeirecht stuetzte, wurde dann ueberfuehrt in Beschlagnahme auf die Polen-Vermoegensverordnung. Nach der Polen-Vermoegensverordnung war der Reichskommissar zustaeendig auf dem landwirtschaftlichen Sektor vorangegangen, war auf dem landwirtschaftlichen Sektor eine Verordnung

des Vierjahresplanes, von GOERING, glaube ich unterschrieben, Marin-Hall vom 20. Februar 1940.

106.Fr. Wie ist es mit der HTO ?

A. Die Errichtung geschah bereits im Okt. 1939. Spaeter fand eine Zustaendigkeitsabgrenzung mit dem Leiter der HTO, WINKLER, statt, die spaeter dann in Einzelheiten ausgebaut wurde und ging dahin, dass die HTO von einem an sich gegebenen Beschlagnahmerecht auf dem landwirtschaftlichen Sektor verzichtete, zu Gunsten des Reichskommissars. Das geschah fruehzeitig im November/Dezember 1939 und wurde aufrechterhalten spaeter in der Polen-Vermögensverordnung. Vorangegangen war auf dem landwirtschaftlichen Sektor, der fuer den Reichskommissar allein in Betracht kam, die Verordnung vom 20.2.1940, die eine generelle Beschlagnahme polnischen Grund- und Bodens brachte. Auf Grund dieser Verordnung war die Reichsland berechtigt, Treuhander einzusetzen. Die Reichsland hatte insbesondere bei Guetern die Siedler-Stellen wieder kassiert und die ganze Gemeinde vom Gut aus auf Art eines Kollektives verfuegt. Das war fuer die Beteiligten sehr schmerzhaft.

107.Fr. Das war am Anfang ?

A. Ja, im Gegensatz zur HTO hatte der Reichskommissar nicht das Recht, auf dem landwirtschaftlichen Sektor, kommissarische Verwalter, Treuhander oder aehnliches, einzusetzen. Er konnte nur die formelle Beschlagnahme aussprechen, was den Betroffenen nicht mitgeteilt wurde, sondern ausschliesslich eine Verfuegungsbeschraenkung im Grundbuch oder auf der Tabelle vermerkt wurde, und weiter hatte der Reichskommissar, Zentralbodenamt, die Befugnisse, zur Einziehung, d.h. zur endgueltigen Grundbuchmaessigen Eigentumsuebertragung. Voraussetzung fuer die Beschlagnahme und Einziehung war Erfassung.

108.Fr. Was heisst das ?

c A. Das bedeutet, dass die Sachbearbeiter der Bodenaemter hinaus gingen, in die

Doerfer und dort festgestellt, was ueberhaupt an Grundstueck vorhanden waere. In vielen Teilen der eingegliederten Ostgebiete, fehlten die Grundbuecher, in anderen hatten die Deutschen sie verbrannt, z.B. in Ziechenau, mit der Begrueendung, es koennte ja doch kein Mensch lesen.

109.Fr. Was war der Grund ?

A. Dummheit. Der Regierungspraesident von Ziechenau stand auf diesen Standpunkt.

110.Fr. Das Zentralbodenamt hat dann die Grundstuecke erfasst, beschlagnahmt ...

A. Und teilweise eingezogen.

111.Fr. Die meisten polnisch- juedischen Grundstuecke sind erfasst worden.

A. Ich nehme an, dass die Erfassung restlos war. Beschlagnahmt waren rund 950000 Grundstuecke von mehreren Millionen Hektar, eingezogen eine viel kleinere Flaesche von schaezungsweise 150000 Hektar.

112.Fr. Was ist mit den Grundstuecken geschehen, die erfasst und beschlagnahmt wurden?

A. Beschlagnahme und Einsziehung aenderte an sich an dem Schicksal des Grundstueckes ausserlich gar nichts. Die Beteiligten erfuhren meistens nichts davon. Ohne Ruecksicht auf Beschlagnahme und Einsziehung wurden die umzusiedelten Massnahmen vollzogen, naemlich Absiedlung durch verschiedene Stellen. Die erste grosse Absiedlungs-Aktion wurde eingeleitet im Herbst 1939.

113.Fr. Also wenn ich recht verstehe, die Absiedlung ging nicht Hand in Hand mit der Beschlagnahme und Einsziehung.

A. Nein, es war weder Voraussetzung fuer die Absiedlung, noch fuehrte die Absiedlung eines Mannes zur Beschlagnahme. Der sogenannte juristische Kram, den das Zentralbodenamt machte und die praktische Absiedlung- und Ansiedlungstaetigkeit draussen, war in keiner Weise aufeinander abgestimmt.

114.Fr. Damit ist neuzusagen die Taetigkeit des Bodenamtes zu Ende ?

A. Es hatte noch mehr und zwar Mitwirkung in geringem Umfange vorkommender Vorbereitungen, eingesogener Grundstuecke. An sich sollten die eingezogenen

Grundstuecke fuer die Dauer des Krieges nicht verwertet werden.

115.Fr. Sie meinen, sie sollten prag liegen bleiben ?

A. Nein, rechtlich. Auch die Umsiedler sollten nicht Eigentum bekommen, obwohl man sich sehr darum bemuehte, weil sich die Umsiedler hoechst unsicher fuehlten. Man erfand als Zwischenloesung einen sogenannten Einweisungsbescheid, der rechtlich bedeutungslos war, der mit einer Unterschrift von HIMMLER versehen war, als Beruhigung sogenannter angesiedelter Umsiedler bezeichnet.

116.Fr. Was war der Grund ?

A. Der Grund war verschieden. Also bei mir und anderen Leuten bestanden gewisse Bedenken, waehrend des Krieges ueberhaupt Eigentum zu uebertragen und damit endgueltige Verhaeltnisse zu schaffen. Im uebrigen aber erklaertensich unsere Aussenstellen und die Grundbuchsaemter ausser Stande, bei den 50000 bis 200000 Eigentumsanweisungen von Umsiedlern Grundbuchaenderungen durchzufuehren.

117.Fr. Wer hat die Siedler eingesetzt ?

A. Durch unsere Aussenstellen, die Dienststellen der Beauftragten und denen unterstehenden Ansiedlungsstaebe im Osten. In anderen Gebieten waren es andere Stellen. Trotz des allgemeinen Verwertungsstopps fuer die Dauer des Krieges wurden in einzelnen Faellen endgueltige Eigentumsverhaeltnisse geschaffen, z.B. bei Abgabe von Land fuer Truppenuebungsplaetze, Strassenbau. Aber ich glaube auch in einigen Faellen zu Gunsten fuer Private. Meistens waren es sogenannte Landjaeger prominente Erscheinungen, z.B. GUDERIAN, Staatssekretaer GUETT, Gaupropagandaleiter MAUL, aber ich kann es nicht genau sagen, ob diess Faelle ueberall schon formell uebertragen wurden. Ich glaube, dass auch diese Dotationen zum Teil in Form von Bewirtschaftungsvertraegen uebertragen wurden, waehrend die Form wo Umsiedler eingesetzt wurden, eine Bewirtschaftung war.

118.Fr. Die Reichsland ist dann abgetreten ?

A. Es war so, dass ein Grundbesitz, der mal ein Umsiedler-Besitz werden sollte,

aus der öffentlichen Bewirtschaftung durch die Reichsland von uns abgerufen wurde.

119.Fr. Die Reichsland hatte doch Bewirtschaftung ?

A. Ja.

120.Fr. Also Reichsland war tatsächliche Bewirtschaftung und Zentralbodenamt war rechtliche Bewirtschaftung.

A. Ja, praktische Verwaltungsbefugnisse der Reichsland.

121.Fr. Die bestand bis Ende des Krieges ?

A. Ja, die Reichsland unterstand dem Reichsernährungsministerium, DAKRE, stand vollkommen quer mit HIMMLER. In der Zeit 1940, in der Rechtsabteilung, bestand unsere Haupttätigkeit darin, diesen Streit zu schüren.

122.Fr. Wie stand es auf dem gewerblichen Sektor ?

A. Das hatte die HTO weitgehende <sup>ler</sup> Befugnisse als der Reichskommissar auf dem landwirtschaftlichen Sektor, denn die HTO hatte das Recht, kommissarische Verwalter einzusetzen, Veräusserung des Betriebes durch den kommissarischen Verwalter und Einziehung. Der Reichskommissar erwarb Betriebe im einzelnen, die fuer den Einsatz eines Umsiedlers geeignet erschienen, im Einzelfalle von der HTO.

123.Fr. Gehen wir mal zur Einsetzung von Treuhändern ?

A. Und zwar wurden solche Betriebe sehr häufig einem Treuhänder gegeben. Der Umsiedler wurde als Treuhänder eingesetzt.

124.Fr. Von wem ?

A. Von WINKLER.

125.Fr. Das Stabshauptamt, bzw. die örtlichen Beauftragten mussten die Zustimmung geben.

A. Ja, soviel ich weiss.

126.Fr. War da nicht ein Erlass ueber Rangordnung ?

A. Richtig.

127.Fr. Wissen Sie von wem er unterschrieben war ?

A. Ich glaube von HIMMLER.

128.Fr. Nein, GREIFELT und WINKLER ?

A. Ja, richtig.

129.Fr. Das war nur ein allgemeiner Erlass ?

A. Da wird wahrscheinlich auch eine Zusammenkunft zwischen den Beauftragten und der HTO stattgefunden haben.

130.Fr. Die deutsche Volksliste, wie hat sich das abgespielt im Stabshauptamt ?  
Ministerium des Innern, STUCKART, GREISER.

A. Es fing zunaechst damit an, dass in den Ostgebieten bereits im Herbst 1939 und Fruehjahr 1940 ein sehr bunt-schaeckiges System entwickelt wurde. Die sogenannte Volkslistenarbeit fing damit an, dass zunaechst im Herbst 1939 ein oertlich sehr verschiedenes System entwickelt wurde, um sogenannte Volksdeutsche von Volkstums-Polen zu sondern. Die Volksdeutschen dieser Gebiete zeigten die Tendenz, sich um die deutsche Staatsangehoerigkeit zu bemuehen. Man begnuegte sich zunaechst damit, dass die Kreisleiter oder Landraete, Volkstumsausweise fuer Deutsche aufstellten. Dabei wurden von vornherein gewisse Abstufungen gemacht.

131.Fr. Wer war das, GREISER ?

A. Das war in den Gaue verschieden. In dieses Chaos versuchte der Reichskommissar im September 1940 etwas Ordnung hereinzubringen durch einen Runderlass, der soviel ich weiss an das Reichsinnenministerium und andere Stellen gerichtet war und in dem eine einheitliche Klassifizierung der Bewerber um einen deutschen Ausweis vorgesehen war. Beim

132.Fr. Beim Reichskommissar, wen meinen Sie da ?

A. Stabshauptamt. Dieser Erlass war von HIMMLER unterzeichnet und datiert vom 12.10. 1940 und enthielt bereits eine Einteilung der Bewerber um einen deutschen Ausweis, in vier verschiedenen Gruppen.

133.Fr. Es stammte von GREIFELT, war in Stabshauptamt entworfen ?

A. Ich vermute vom Reichssicherheitshauptamt, ENLICH, IIIB.

134.Fr. Sie wissen es nicht genau ?

A. Nein, weiss ich nicht genau, aber ich vermute, dass es innerhalb des Stabs-  
hauptamtes Obersturmbannführer FAHNDORICH und sein Sachbearbeiter, Obersturm-  
führer WALTER waren. Die beiden waren SD-Angehörige.

135.Fr. Wo ist FAHNDORICH ?

A. Der ist bei der Wehrmacht abgeblieben.

136.Fr. Ist der nicht zurückgekommen ?

A. Er ist aus unserem Gesichtskreis entschunden, etwa 1941 oder 1942.

137.Fr. Und der andere ?

A. WALTER ist verunglückt bei einem Autounfall tödlich 1941 oder 1942. Es kann  
aber auch sein, dass dieser Entwurf gemacht worden ist im Reichssicherheits-  
hauptamt IIIB von ENLICH oder seinen Mitarbeitern. Jedenfalls enthielt dieser  
Erlass bereits die 4 Klassen, die dann später vom Reichsinnenministerium  
Anfang März 1941 in der sogenannten Volkslisten-Verordnung beibehalten wur-  
den. Diese Volkslisten-Verordnung war eine Verordnung des Innenministeriums  
mit unterschrieben von der Parteikanzlei und dem Reichskommissar glaube ich.

138.Fr. Wie weit hat das Stabshauptamt mitgearbeitet ?

A. Wir waren an den Sitzungen beteiligt, die im Innenministerium stattfanden.

139.Fr. Wer ?

A. WALTER. Das war im wesentlichen eine Sache des Innenministeriums, Einbürgerung  
und Verleihung der Staatsangehörigkeit.

140.Fr. Das scheint von Ihnen eine abwegige Meinung zu sein, die ursprüngliche Ver-  
fügung mag so sein.

A. Die Durchführung der Volkslistenarbeit geschah ebenfalls auf Grund eines  
sehr eingehenden Erlasses des Innenministeriums vom 13. März 1941. Die

Durchfuehrung der Volklistenarbeit lag mit einer Ausnahme bei den Behoerden der inneren Verwaltung. Es wurden als unterste Instanzen, Zweigstellen bei den Landraeten errichtet und das hoechste war ein oberster Pruefungshof beim Reichskommissar. Es waren drei untere Instanzen und die vierte Rechtsmittelinstanz ist zurueckzufuehren auf das Resort, Kuehandel. Der oberste Pruefungshof, dessen Sachbearbeitung bei mir lag, war also letzte hoechste Instanz und sollte dafuer sorgen, dass in allen vier Gaenen der eingegliederten Ostgebiete nach einheitlichen Grundsuetzen entschieden wurde. Der oberste Pruefungshof hat die Aufgabe aber nicht erfuellen koennen, weil die Konstruktion, Fehler enthielt, die ihn arbeitsunfaehig machten.

141.Fr. Wer war Mitglied ?

A. HIMMLER war Vorsitzender, KALTENBRUNNER, STUCKART, KLOEPFER, von der Parteikanzlei, Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes HILDEBRANDT oder HOFFMANN, Staatssekretaer CONDI, Oberfuehrer WIESNER, als ~~Beauf~~ Vertreter der frueheren Jungdeutschen-Partei in Polen und SS-Oberfuehrer KOWART, als Vertreter einer anderen deutschen Partei in Polen.

142.Fr. Beschlussfaehig war der oberste Pruefungshof in Form von welchen Leuten ?

A. Die Frage wurde nicht akut, weil der oberste Pruefungshof immer nyr in voller Besetzung tagte. Neben dieser ersten Besetzung, die schon wegen der "Prominenz" einmal zusammentrat, es war nicht moeglich, die sieben verhaeltnismaessig schwer beschaeftigten Leute unter Vorsitz von HIMMLER persoenlich zusammenzutrommeln. Ausser diesen einen Tagung am 10.12.1943, wo rund 50 Einzelfaelle entschieden wurden - ich habe die Originalentscheidung damals abgegeben - tagte neben dieser ersten Garnitur, eine zweite Kammer in etwa 4 Sitzungen im Laufe von 2 oder 3 Jahren.

143.Fr. Wie war die Besetzung ?

A. GREIFELT als Stellvertreter HIMMLER's, Standartenfuehrer EHLICH, als Vertreter von KALTENBRUNNER mit einem Sturmabfuhrer SIERS oder spaeter Ober-

regierungsrat Friedrich HOFFMANN, als Vertreter von STUSKART, ein Mann namens KAPP bzw. MEISE, von der Parteikanzlei, Dr. KIRCHNER, Vertreter von CONTI und den beiden Volksdeutschen Beisitzern KUNERT und WIESNER. Die zweite Besetzung tagte drei oder viermal und erledigte jedesmal etwa 20 Faelle. Alle diese sogenannten Spruchsitzungen des obersten Prüfungshofes kamen zu spaet, um an dem was draussen in den unteren Instanzen geschehen war, noch etwas zu aendern, weil die Taetigkeit des obersten Pruefungshofes erst im Herbst 1942 einsetzte, waehrend die Volkslistenarbeit bereits seit Fruhjahr 1941 auf neuer Basis und seit 1939 nach dem fruheren Verfahren im Gange war.

144.Fr. Das Stabshauptamt hatte aber etwas mehr damit zu tun.

A. Es war beteiligt an allen Erlassen, die der Reichsinnenminister in Durchfuehrung der Volkslistenverordnung herausgab.

145.Fr. Da war das Stabshauptamt, wie beteiligt ?

A. Durch Mitzeichnung.

146.Fr. Koennen Sie sich nicht an Erlasse erinnern, die GREIFELT allein unterzeichnete, zum Beispiel, Behandlung der Eigentumsfragen, drei und vier.

A. Das ist etwas anderes, ich moechte sagen, dass es nicht zur Volksliste gehoert, sondern mehr zur Handhabung der Polen-Vermögensverordnung. Das waren grundsuetzlich ueber die Behandlung in der deutschen Volksliste aufgenommenen Personen.

147.Fr. Ja, das nenne ich einen Teil der Volkslistenangelegenheit.

A. In diesem Sinne ja. Also die Auswirkung der Einstufung in die Volksliste wurde durch allgemeine Anordnung von HIMMLER geregelt. Insbesondere kam in Betracht eine allgemeine Anordnung.

148.Fr. Behandlung der Gruppen I, II, III.

A. Ja, und eine ungefaehr vom gleichen Tage, Februar 1942, stammender Erlass Reichsfuehrer SS, Reichskommissar und Reichssicherheitshauptamt ueber die

Behandlung der Abt. IV. Bei dem Erlass ueber die Abt. IV war das Stabshauptamt nur mitzeichnenderweise beteiligt, bei dem Erlass ueber I bis III initiativ. Dieser Erlass wurde bei uns im Hause ausgearbeitet, vom Hauptsturmfuhrer SCHUBERT, also innterhalb Amt I, wurde aber nachher von der Rechtsabteilung uebernommen und herausgegeben. 126 hiess das Ding.

149.Fr. Sie sagten, diese Verfuegung war ausgearbeitet im Stabshauptamt ?

A. Amt I, ja.

150.Fr. Waehrend IV ...

A. Ausgearbeitet wurde von EHLICH und HUMITZSCH im Reichssicherheitshauptamt.

151.Fr. Dann die nachfolgende Verfuegung, Eigentumsbehandlung, fassen Sie das auf, als eine Geschichte ...

A. Polen-Vermögensverordnung. Das war die Auswirkung auf allen Gebieten des Lebens, die sich dann ergab. Sehr viele Dinge wurden, nachdem sie einmal im Grundsatz angedeutet waren, von den zustaeendigen Fachresorts erledigt.

152.Fr. Zum Beispiel Heirat ?

A. Ja.

153.Fr. Das kam vom Stabshauptamt ?

A. Ja, aber die Heiratsfrage wieder wurde vom Rasse- und Siedlungshauptamt gemacht, von SCHULZ und HARRAUS, und von uns herausgegeben. Auf diesem Gebiet zeigt sich immer wieder die Arbeitsteilung der vier Hauptaemter.

154.Fr. Zusammenfassend wuerden Sie sagen: Dass das Stabshauptamt beteiligt war. Sie muessen sich darauf gefasst machen, dass Sie hier als Zeuge auftreten, d.h. nicht, dass wenn Sie etwas berichtigen wollen, Sie es nicht berichtigen koennen. Jetzt kommen wir zum wichtigsten Punkt der deutschen Volksliste.

A. Die Frage Zwang oder nicht. Dazu muss ich sagen, ja oder nein. Ein Zwang, einen Antrag auf Aufnahme in die Volksliste zu stellen, ergab sich mittelbar aus der schlechten Stellung der Kohlen gegenueber dem sogenannten Siegern.

155.F. Was ergab sich daraus ?

A. Dass die Leute schlechter behandelt wurden.

156.F. Wir wollen es noch klarer ausdrücken. Sprechen wir von der Beschlagnahme mit den Verfügungen. Die Polen-Vermögensverordnung wurde nicht angewandt an Leute, die in der deutschen Volksliste aufgenommen wurden. Stimmt das ?

A. Ja, das ist richtig, das ist es weshalb ich es als Zwang betrachte.

157.F. Die Leute die nicht in die deutsche Volksliste aufgenommen wurden, blieben Polen und wurden daher aus den Gebieten, entweder nach dem Generalgouvernement transportiert oder als Arbeiter nach Deutschland geschickt, stimmt das ?

A. Nicht insofern, als die sogenannte Aussiedlung nicht mit dem Volkslistenentscheid zusammenhing.

158.F. Dann muss ich Sie berichtigen. KRUMHOLTZ muss das doch wissen ?

A. Soweit ich unterrichtet bin, geschahen die ersten grossen Aussiedlungsbewegungen bereits im Winter 1941.

159.F. Die genaue Anweisung kennen Sie ja ?

A. Ja, wer bereits aufgenommen war, durfte auf keinem Fall abgesiedelt werden.

160.F. Die in der Liste aufgenommen waren, konnten nicht abgesiedelt werden ?

A. Es war nicht so, dass die Abkehrung des Volkslistenantrages automatisch zur Absiedlung führte.

161.F. Jedenfalls die in der Liste aufgenommen waren, konnten nicht abgesiedelt werden. Also war es ein gewisser Zwang, der Liste beizutreten.

A. Ein weiterer Grund: Andere Lebensmittelrationen, dann die Erschwerung bei Benutzung von Verkehrsmitteln.

162.F. Wie steht es mit der HIMMLER-Verfügung vom 12.2.1942 ?

A. Das ist der unmittelbare Zwang, die kenne ich.

163.F. Wie kam es zu der Verfügung ?

A. Das ist mir unbekannt. Ich kenne die Verfügung im Wortlaut: Deutschstammige.

die sich weigern, einen Antrag auf die deutsche Volksliste zu stellen, sind als Antragsverweigerer ins KZ. zu verweisen.

164.F. Hier ist sie -- Dokument wird vorgelegt --

A. Ja.

165.Fr. Ist die mit im Stabshauptamt bearbeitet worden ?

A. Nein, schon aus dem Aktenzeichen ergibt sich das. Es war Reichssicherheitshauptamt.

166.F. Was halten Sie davon ?

A. Das ist unter Garantie kein Aktenzeichen vom Stabshauptamt. Es gibt noch einen anderen Erlass vom 10.10.1942. Er ist kuerzer. Diesen kannte ich ueberhaupt nicht. Ich kenne nur einen sachlich aehnlichen Erlass, der einige Tage selter ist.

167.F. Er bezieht sich auf Wehrmacht. Sie wissen nicht, ob das jemals besprochen wurde im Stabshauptamt ?

A. Meines Wissens nicht.

168.F. Ist ueberhaupt die Frage des Zwangs dem im Stabshauptamt besprochen worden ?

A. Nein, niemals.

169.F. Ist Ihnen bekannt, dass Leute tatsaechlich ins KZ. kamen ?

A. Ich kenne einen einzigen solchen Fall.

170.F. Bei Ihnen, meine ich nicht Sie, sondern allgemein das Stabshauptamt. War beim Stabshauptamt GREIFWELT bekannt, dass die ...

A. Dass es so etwas gab, ja sicher. Ich nehme es als sicher an, dass er ueber den Erlass unterrichtet war. Ich glaube nicht, dass er davon erfuhr, dass ein solcher Fall durchgefuehrt wurde. Das erfuhr ich, weil zu mir die Beschwerden kamen.

171.F. Sie haben GREIFWELT nicht vorgetragen ?

A. Diese Sachen meistens nicht, Beschwerden die mir persoendlich gegen den Strich gingen.

172.Fr. In diesem Zusammenhange z.B.?

A. Also dieser eine Fall, den ich nicht mehr genau weiss. Der Mann war spaeter in Magdeburg verhaftet worden, weil er sich weigerte, seinen Volkelistenausweis entgegenzunehmen, den habe ich hoechst wahrscheinlich GRIEFELT vorge-tragen. Mit Sicherheit weiss ich, dass wir geschrieben haben an EHLICH und gesagt haben, das ist ein Fall, den Ihr nach unserem Bunderlass vom 19.2. nicht einsperren duerft, denn hier handelte es sich darum, weil <sup>Man</sup> sie sagten, ich bin ein Zweifelfall und nicht drei oder vier. Sonst weiss ich persoen-lich keinen Fall und glaube auch nicht, dass es praktisch vorgekommen ist, denn nach meiner Erfahrung, die sich auf viele hunderte vielleicht tausende Beschwerdeschriften stuetzt, war der Drang in die deutsche Volkliste unge-heuer stark, und zwar nicht nur wegen der Nachteile die sich fuer das Polen-tum ergaben, sondern die Leute wollten gerne Deutsche werden. Sie kamen an mit dem alten Eisernen Kreuz aus dem ersten Weltkrieg.

173.Fr. Sie wollten also eingezogen werden?

A. Zum Teil waren sie sehr begeistert, meldeten sich auch zur Waffen-SS.

174.Fr. Warum war die Verfuegung von HIMMLER notwendig?

A. Wahrscheinlich hat es auch einige gegeben die keine Neigung zeigten.

175.Fr. Diese einigen wuerden glaube ich keine Rolle gespielt haben. Die kann man auch ohne Verfuegung kalt machen, die kann man auch so in Schutzhaft nehmen.

A. Ich weiss nicht, wie es mit der Schutzhaft im einzelnen geregelt wurde.

176.Fr. Ich kann nicht glauben, dass HIMMLER so eine Verfuegung rauegibt, wenn es nur einige waren.

A. Es ist sehr verschieden, man kann nicht wissen, wie solche Erlaesse zustande gekommen sind. Es koennen zwei, drei Einzelfaelle Veranlassung gegeben haben.

177.Fr. Wir werden Ihnen ein paar Dutzend als Zeugen vorfuehren.

A. Ich persoenlich bin etwas skeptisch in dieser Richtung. Ich habe zu oft er-

erlebt, dass Leute sich mit allen Mitteln die Finger wund schrieben, Deutsche zu werden, auch wenn sie nichts besonderes auszustehen hatten.

178.Fr. Solche Leute gab es immer.

A. Mag sein, dass mein Urteil getrübt ist, weil ich durch die Bearbeitung der Beschwerden ...

179.Fr. Haben Sie Einblick gehabt, wieviele ins KZ. kamen ? Die konnten sich nicht beschweren.

A. Also welche Rolle dieser Erlass praktisch gespielt hat, kann ich nicht sagen, aber er spricht dafür, dass das Beduerfnis bestanden hat. Auf jeden Fall gab es im Polentum sehr viele Leute die sich weigerten, sich um die deutsche Staatsangehoerigkeit zu bemuehen und die man eben zwingen wollte und dann gibt es ein grosses Gebiet wo in ganz grossem Masse Zwang ausgeuebt wurde: Danzig/Westpreussen, durch eine vom Gauleiter FORSTER selbstaendig durchgefuehrte Aktion. Er war der Meinung, dass sein Gau im wesentlichen alt-preussisches Gebiet, vom Preussen besiedelt war und alle Einwohner Anspruch darauf haetten, in die Volksliste aufgenommen zu werden. Man machte dort grundsaeztlich deutsche Abstammung zur Voraussetzung, zur Aufnahme und FORSTER sagte, deutsche Abstammung hat jeder, der in meinem Gau geboren ist. Er drohte jedem der sich weigerte, einen Antrag zu stellen.

180.Fr. War das dem Stabshauptamt bekannt ?

A. Ja, die Sache ist in zahlreichen Berichten, HIMMLER geschrieben worden. HIMMLER erwies sich als mittellos.

181.Fr. HIMMLER wollte das andere ?

A. Zweifellos, weil er besessen war von der Idee, das deutsche Volk blutmaessig rein zu halten. Im anderen Effekt lief auch die Entscheidung und Taetigkeit des obersten Pruefungshofes dahin, mehr abzulehnen, als aufzulehnen. Was an den obersten Pruefungshof kam, waren meistens sehr hartnaeckige Leute.

182.Fr. Sie konnten auch Antrag stellen ?

- A. Das ist vorallen geschehen in Danzig/Westpreussen um Leute abzulehnen.
183. Fr. Kommen wir mal zu dem Gebiet der Um- und Absiedlung, soweit das Gebiet der Umsiedlung die Volksdeutschen betraf. Wie hat sich das Stabshauptamt mit dem Rasse- und Siedlungshauptamt und der Vomi in dieser Geschichte geteilt?
- A. Unter Umsiedlung verstand man das Hereinholen von Volks- oder Reichsdeutschen aus dem Ausland in das Reich. Diese Umsiedlungen geschahen teilweise auf Grund zwischenstaatlicher Vertraege, vor allem Suedtirol, die baltischen Staaten, Bessarabien, Dobrudscha.
184. Fr. Sie meinen die Evakuierung?
- A. Die Umsiedlung.
185. Fr. Bei der Umsiedlung verstehe ich die Leute rauszunehmen und anzusiedeln.
- A. Das verstehe ich, das Hereinholen von Volks- oder Reichsdeutschen in die Reichsgebiete, das nennen wir Ansiedlung. Es gibt: Umsiedlung, Absiedlung, Aussiedlung und Ansiedlung.
186. Fr. Die Umsiedlung ist Evakuierung dieser Leute.
- A. Die Hereinholung von Volks- oder Reichsdeutschen.
187. Fr. Die Aussiedlung?
- A. Die Aussiedlung ist das Evakuieren von Fremdvoelkischen oder unerwünschten Bewohnern, der dem Reich eingegliederten Gebiete ins Ausland, also abzuschieben.
188. Fr. Es kann auch nach Deutschland sein?
- A. Nein.
189. Fr. Evakuiert worden vom Warthegau?
- A. Das ist Absiedlung.
190. Fr. Die Aussiedlung ist?
- A. Die Evakuierung von fremdvoelkischen- oder rassistisch- oder anderen unerwünschten Menschen aus dem Reichsgebiet oder besetzten Gebiet ins Ausland.

191.Fr. Zum Beispiel welche Aktion ?

A. Evakuierung der polnischen Intellektuellen und der zugewanderten.

192.Fr. Aussiedlung politisch unzuverlässiger Elemente.

A. Ja.

193.Fr. Wie nannte sich die Freimachung des Warthegaues ?

A. Auch Aussiedlung, also das Vertreiben der Leute von Haus und Hof mit dem Ziel: neigenden Haus mit ihnen. Absiedlung ist das Heranholen von zum Deutschen hinreichenden Elementen.

194.Fr. Alle Aktionen nannten sich Absiedlung. In Jugoslawien sprachen sie nur von Absiedlung von Jugoslawen, in Luxemburg nur von Absiedlung von Luxemburgern. Sie sind doch rassistisch überprüft worden.

A. In Jugoslawien war es so, die grosse Masse der von ihren Wohnsitz weggetriebenen Leute, wurde in das Reich gebracht und nur wenige nach Serbien ausgesiedelt. Deswegen heisst die Aktion im ganzen Absiedlung. Im Osten war es anders.

195.Fr. Da war es meistens Aussiedlung.

A. Ja, meistens Aussiedlung ins Generalgouvernement.

196.Fr. In Elsass- und Lothringen war es Absiedlung.

A. Ja. HIMMLER wollte nicht an den Grenzen des Reiches eine Mischbevölkerung haben, er wollte die zweifelhaften Elemente im Innern des Reiches an sein treues Herz germanisieren.

197.Fr. Fangen wir mit den Polen an, mit der Aussiedlungsseite. Die Aussiedlung der Polen in Danzig/Westpreussen, wie ist das vor sich gegangen ?

A. Die erste grosse Aussiedlungsbewegung von Polen geschah im Winter 1939/1940, und ging aus Posen, Westpreussen, Oberschlesien hinaus nach dem Generalgouvernement. Ich glaube, dass auch später, Aussiedlungsbewegungen stattgefunden haben, die aber nicht so gross waren, wie im ersten Winter.

198.Fr. Wie ist das Stabshauptamt eingeschaltet ?

Meiner Meinung gar nicht, hoechstens insofern, als die UWZ ueber SCHWARZENBERG finanziert wurde. Das nehme ich an, das gilt fuer wahrscheinlich.

199. Fr. Wie steht es mit den Ansiedlungstaeben und Listen und Arbeitsstaeben, haben die nicht die Listen der Leute aufgestellt, die evakuiert wurden ?

A. Das weisse ich nicht genau.

200. Fr. Die Antwort ist "ja".

A. Ich dachte, das waere eine Sache der UWZ.

201. Fr. Der UWZ sind die Listen zugeschickt worden ? Und die haben geprueft, ob es Freivolkrische sind oder nicht. Dann sind die Listen der Sicherheitspolizei zugeschickt worden und dann haben die Ansiedlungstaebe an dem und dem Tage ...

A. Ich glaube, es ist anders gelaufen. Ich erinnere mich an einem Befehl von HIMMLI vom Oktober 1939, eine der ersten Anordnungen die unter der Firma Reichskommission war. Es stand drin : Dass die gesamte Intellegenz, Juden und die nach 1918 ins ehemalige preussische Gebiet zugewanderten Polen aus dem neu eingegliederten Ostgebieten wieder ausgesiedelt werden. Ich habe immer gehoert, dass die erste grosse Aussiedlung in diesem Winter geschah.

202. Fr. KRUMBY, der Leiter der UWZ Litsmannstadt muesste das auch wissen.

A. Das muesste man annehmen. Im Westen war es wohl anders. Da habe ich immer gehoert dass die Initiative aus ging von politischen Stellen, Chef der Zivilverwaltung.

203. Fr. Sie glauben nicht, dass STIER die Vorverhandlungen gefuehrt hat. Ich habe Dokumente hier. Wie kommt es zum Erlass der Evakuierung von Polen und Juden im Menscheneinsatz, wieso zeichnet GEBELT die Evakuierung von Juden und Polen ?

A. Oktober 1939, das ist der Erlass den ich erwahnte. Ich weiss ueber diese Geschichte vom Herbst 1939 im wesentlichen nur vom Erzaehlen.

204. Fr. Hier - Dokument wird vorgelegt - .

A. Dr. FAENDRICH Amt I, Vorgaenger von STIER.

205. Fr. WichestamgesachtaewerdrGEBELT antaengohatben dass die Aussiedlung vom Sicherheits-

- A. Alles das waren Aktionen des Reichskommissars zweifellos.
206. Fr. Die Verfügung die GREIFELT unterschrieben hat, Slowenen, diese Verfügung sagt dass die Leute auszusiedeln seien.
- A. Von GREIFELT unterschrieben ?
207. Fr. Ja, von GREIFELT unterschrieben. Nun wie stand es mit der Absiedlung in Jugoslawien ?
- A. Das weiss ich auch nicht, ich glaube es war HINTZE.
208. Fr. Fuer das Stabshauptamt ?
- A. Ja, Chefamt II.
209. Fr. Diese Absiedlungsaktion ist vom Stabshauptamt durchgefuehrt worden ?
- A. Ohne Zweifel.
210. Fr. Wie steht es mit Luxemburg ?
- A. Das glaube ich nicht.
211. Fr. In Jugoslawien war die DAG dabei eingeschaltet.
- A. Ja, Aufnahme der Zwischenbewirtschaftung.
212. Fr. Die DUT war endgueltige Stelle ?
- A. Ja.
213. Fr. Die Absiedlung selbst ist nicht von der DAG durchgefuehrt worden ?
- A. Das kann ich nicht sagen. Also bei Jugoslawien habe ich selten hinein geguckt.
214. Fr. In Luxemburg / Elsass-Lothringen ?
- A. Weiss ich nicht.
215. Fr. Sind Franzosen nicht depotiert worden ?
- A. Weiss ich nicht. Diese Dinge wurden in Amts-Chefs-Besprechungen jedenfalls nicht eroertert. Ich hatte immer den Eindruck, als ob wir reingezogen wurden, um das Vermoegen der Abgesiedelten zu uebernehmen und im Reich wieder zu entschaedigen.
216. Fr. Von der Aussiedlung wissen Sie auch nichts weiter, wie es im Einzelnen gehandhabt wurde ?

A. Ich habe viele Berichte darueber gehoert, die ziemlich uebel waren.

217. Fr. Ueber die Ansiedlungs-Staebe, Arbeits-Staebe, wissen Sie nichts?

A. Ich weiss nicht, wie es praktisch gemacht wurde. Dass es Hand in Hand ging, war klar.

218. Fr. Sie haben Akten gesehen ueber die Behandlung von Deportierten von Elsass-Lothringen?

A. Nein, ich weiss aus einer Reihe von Einzelfaellen, dass die Leute nachher in Lager ins Reich gebracht wurden, in Wuerttemberg vorallem. Und unser Amt II beschaeftigt war, die Leute in Arbeit zu vermitteln, aber ueber die Absiedlung im Westen bin ich nur immer dahin informiert, dass die Initiative beim Chef der Zivilverwaltung gelegen hatte.

219. Fr. Wie stand es mit der Sonderbehandlung. Geschlechtsverkehr zwischen Polen und Deutschen?

A. Das ist eine Sache, die ich nur vom Hoerensagen kenne, weil mir gelegentlich versehentlich Briefe vorgelegt wurden, ich glaube vom Hoeheren SS- und Polizeifuehrer Berlin, die sehr kurz und dunkel waren, mit denen ich nichts anfangen wusste. Sie lauteten etwa: Betrifft Sonderbehandlung des Polen so und so, der Betreffende wurde fuer die Wiedereindeutschung faehig befunden, es wird gebeten, das Weitere von dort aus zu veranlassen.

220. Fr. Wie war es mit den Briefen, wo der Mann genaengt wurde?

A. Das habe ich nachher gehoert, da wurde mir gesagt, wie ich fragte, was ich mit den Schreiben anfangen soll: Geben Sie es BETHGE. Ich glaube, dass BETHGE oder wer hier erzaehte, dass wenn der betreffende Pole, russisch schlecht war aufgehengt wurde.

221. Fr. Diese Aktionen kamen auch zum Stabshauptamt.

A. Nicht ueber die verschiedenen Faelle. Wir bekamen die Faelle gemeldet, wo BETHGE oder die uns unterstehenden Stellen den Mann im Reich in Betreuung nehmen sollten. Aber ich habe gehoert, dass diese mehr positive Erledigung

des Falles auch eine Kehrseite hatte. Dass in anderem Falle der Mann, wenn er fuer rassisch schlecht befunden wurde, aufgehängt wurde.

222.Fr. Sie haben die Akten nie gesehen beim Stadthauptamt ?

A. Akten ueber diesen Fall nie.

223.Fr. Diese Elsass-Lothringer die umgesiedelt bzw. abgesiedelt wurden, wurden zum Teil zu Deutschen gemacht und eingezogen. Wissen Sie darueber ?

A. Auch nur Einzelfaelle. Ich weiss, dass <sup>sie/</sup> die deutsche Staatsangehoerigkeit in ~~224.Fr.~~ der Regel auf Widerruf bekamen und dass die Einbuengerung entweder durch die BWZ gemacht werden sollte, oder so etwas.

224.Fr. Herr WIRSICH, es ist mir klar, Sie sagten bei der Volksliste, dass Sie von den ganzen Sachen keine Kenntnisse bekommen haben.

A. Ausser der einen.

225.Fr. Hier ist ein Schreiben - Dokument wird vorgelegt - .

A. Solche Faelle gab es.

226.Fr. Also mehr als einen ?

A. Wir haben vorhin gesprochen von Faellen die auf Grund des Runderlasses vom 10.2. in Betracht kamen. Es kam aber auch vor, dass von der Sicherheitspolizei Massnahmen getroffen wurden.

227.Fr. Also im Rahmen der Volksliste ?

A. Fuer die weitere Behandlung, wenn ein Angehoeriger polnischer Intellegenz eingesperrt war, war es wichtig zu wissen fuer die weitere Behandlung des Falles, ob er Pole oder Deutscher war.

228.Fr. Der Mann war eingesperrt.

A. Und irgend wie machten seine Verwandten geltend ...

229.Fr. Warum eingesperrt ?

A. Weil er Pole sein soll und in Wirklichkeit sind wir eine Urdutsche Familie, weil er der polnischen Intellegenz angehoerte oder weshalb ?

230. Fr. Und das kam ans Stabshauptamt ?

A. Wenn jemand die Frage der Volkstumsangehoerigkeit aufwarf, meistens ging es von Verwandten aus, dann versuchten wir, ein Volkslistenverfahren in Gang zu bringen. Aber es gab auch in einzelnen Faellen, Haft- und KZ- Sachen.

231. Fr. Es waerdine Menge die Antrag stellten auf die Volksliste um herauszukommen.

A. An solchen Faellen war von Freiwilligkeit keine Rede.

232. Fr. Sind Antraege damals gestellt worden ?

A. Ich glaube nicht, dass sie es technisch fertiggebracht hatten, einen Antrag im KZ zu stellen.

233. Fr. Warum nicht, es ist vorgekommen, dass Eignungspruefer im KZ, Leute ausgesucht haben, ist Ihnen das nicht bekannt ?

A. Nein, Eignungspruefer und diese ganzen Sachen waren Angelegenheit dem Rasse- und Siedlungshauptamtes.

234. Fr. Wie hat das Stabshauptamt mit dem Reichssicherheitshauptamt zusammengearbeitet, eng oder nicht eng ?

A. Auf dem Gebiete der Volkslistenpolitik gab es unendlich viele Beruehrungspunkte, ueberhaupt volkstumpolitisch. Grundsatzlich war die Regelung so, dass das Reichssicherheitshauptamt Amt III B zustaeendig war fuer Fremdvollsfragen, und der Gruppe 4. Man konnte nicht immer die Behandlung der Angehoerigen der Gruppe 1 bis 3 trennen, von der Regelung der Gruppe 4. Schon aus diesem Grunde ergab sich auf dem Gebiete der Volkstumsarbeit das Beduerfnis um laufende Zusammenarbeit.

235. Fr. Ist Zwang ausgeuebt worden ?

A. Deswegen ist auch die Zustaendikeit, wenn KZ drohte, dort zu finden.

236. Fr. Wie war die Zusammenarbeit zwischen Abteilung IV und Stabshauptamt ?

A. Es wurden zwar formell gemeinschaftliche Sitzungen abgehalten, aber praktisch durfte es kein Sachbearbeiter wagen, anderer Meinung zu sein als EHLICH

- 237.Fr. Sie meinen, dass EHLICH derjenige war, der Zwang ausübte, z.B. die Zwangsverfügung ueber die deutsche Volksliste ?
- A. EHLICH war meiner Meinung nach nur der Mann der Grundsatzfragen bearbeitete, aber sobald es an die Ausfuhrung ging, z.B. Aussiedlung, war wieder Amt IV zustaeendig. Ich habe mal gehoert, dass die Aussiedlung der Polen von dem beruehmten EICHMANN gemacht wurde, z.B. habe ich von EICHMANN erfahren, anschliessend an einem Streit der Reichsland ...
- 238.Fr. Jedenfalls musste das Stabshauptamt mit Amt III oder IV zusammenarbeiten.
- A. Mit IV kann ich mich nicht erinnern, aber mit III. EHLICH benutzte auch weitgehend die Briefe an den Reichsfuehrer SS, als Reichskommissar. Dann fand noch Zusammenarbeit statt mit anderen Aemtern des Reichssicherheitshauptamtes. Ich glaube Amt II in Gesetzgebungsangelegenheiten. Ich habe zu Anfang einmal beinahe Schiffbruch erlitten, weil ich die Auffassung vertrat, dass der Reichskommissar eine selbstaeendige oberste Reichsbehoerde waere.
- 239.Fr. Wie ist die Geschichte mit den Herren von ALVENSLEBEN ?
- A. Das ist ein Roman fuer sich. Aus dem Sie vielleicht nur ein Ausschnitt interessiert und zwar der Tod des Rechtsbeistandes. Ein Familien-Krieg.
- 240.Fr. Wie war das Stabshauptamt beteiligt ? Der Vater war im KZ. ?
- A. Volkslistenmessenig und zwar deshalb, weil der alte Graf ALVENSLEBEN ins KZ. gebracht wurde auf Betreiben eines anderen ALVENSLEBEN, der Polizeipraesident war und dem alten ALVENSLEBEN wurde zum Vorwurf gemacht, er haette sein Deutschtum verraten, er haette mit Polen sympathisiert. Er war einweifrei polnischer Staatsangehoeriger. Dieser Vorwurf des Verrats wurde ihm von Angehoerigen seiner Familie gemacht, unter denen sich ein Obergruppenfuehrer befand. Dieser benutzte seine SS-Beziehungen vermutlich auf Betreiben der Soehne des alten Herrn v. ALVENSLEBEN, um ihn einsperren zu lassen. ALVENSLEBEN wurde in Gruppe III eingestuft, waehrend der KZ-Sache. Er war nur wenige Monate, Herbst 1939 oder

Fruehjahr 1940 im KZ nicht sehr lange. Viele Jahre spaeter kam erst sein Volkslistenverfahren in Gang.

241.Fr. Was hatte das Stabshauptamt damit zu tun ?

A. Oberster Pruefungshof.

242.Fr. Man hat ihn in III eingestuft auf seinen Antrag hin ?

A. Ja, er wollte natuerlich zwei oder eins, das machte HIMMLER nicht.

243.Fr. Was hatte HILDEBRANDT damit zu tun ?

A. Er war Hoeherer SS- und Polizeifuehrer in Danzig und war vermutlich befreundet mit den ALVENSLEBEN, der seine SS-Befugnisse dazu benutzte, den alten Herrn ins KZ. zu bringen. HILDEBRANDT kann vermutlich auch der sein, der die Verhaftung angeordnet hat. Der Fall des Rechtsbeistandes lag so: ALVENSLEBEN bestellte diesen BRISKORN. BRISKORN machte ziemlich energische Schreiben, wo er geltend machte, das ganze waere eine gemeine Familienintrige, ein Brief der in deutlicher Form den Sachverhalt so schilderte, wie ich ihn eigentlich auch ansah. Daraufhin wurde BRISKORN ins KZ ueberwiesen.

244.Fr. Von wem ?

A. Ich glaube, dass der Schlusssatz dieses Briefes von HILDEBRANDT so lautetete: Ich habe wegen dieses Verhaltens des BRISKORN den Mann in ein KZ ueberwiesen. BRISKORN starb im KZ. Das fuehrte dazu, dass im Stabshauptamt kein Mensch die Akten anfassen wollte.

245.Fr. Dieser Obergruppenfuehrer von ALVENSLEBEN beantragte die Erschiessung von unschuldigen Polen im Herbst 1939.

A. Ja, das ist in den dicken Akten.

246.Fr. Was war mit WETZEL ?

A. WETZEL hat mal eine grosse Denkschrift gemacht, er war meines Wissens Sachbearbeiter beim Rassenpolitischen Amt der NSDAP. Er machte eine umfangreiche

A. vervielfaeltigte Denkschrift ueber seine Ideen, wie man die Polen behandeln sollte. Ich habe nur noch in Erinnerung, dass man sie mit Schnaps fuettern sollte, ihnen dafuer die Schule und Zeitungen vorenthalten sollte, man sollte ihnen keine Aerzte geben, nur dass sie brauchbare Arbeiter abgeben.

247.Fr. Was wurde damit gemacht ?

A. Die lief herum und ging zu den Akten.

248.Fr. Wurde versucht sie anzuwenden ?

A. Im gewissen Umfange schon.

249.Fr. Hat es GREIFELT empfohlen ?

A. Nein, es wurde wie alle anderen interessanten Eingänge vermutlich in Umlauf gesetzt, aber ich kann nicht sagen, dass er ein Kommentar dazu gemacht hat.

250.Fr. Die Rohrmesser-Geschichte, was ist das ?

A. ROHRMESSER hat nichts mit dem Stabshauptamt zu tun, sondern waehrend ich zur Waffen-SS eingezogen wurde ...

251.Fr. Es hat nichts mit dem Stabshauptamt zu tun ?

A. Nein.

252.Fr. Die Akten MARIA-WEICHANT ?

A. War verlobt mit einem Blizeihauptmann KUREKE.

253.Fr. Dokument wird vorgelesen. - Das war auch einer der Faelle die bei Ihnen einliefen.

A. Und zwar deshalb, weil wir uns auf den Standpunkt stellten, dass es ein noch nicht entschiedener Volkslistenfall ist. Sie war keine richtige Polin. Formell war ihr Volkslisteverfahren noch nicht endgueltig ablehnend erledigt. Infolgedessen konnte sie auch nicht eingesperrt werden, weil man nicht sagen konnte, dass sie Polin ist. Die Inhaftierung stand nicht im Zusammenhang mit dem Volkslisteverfahren, sondern die Polizei stellte sich auf den Standpunkt, sie waere Polin und wir standen auf dem umgekehrten Standpunkt. Wir fuehrten immer wie-

der an, die Sache ist noch nicht rechtskraeftig entschieden. Das ist auch einer der Faelle, die ich im Auge hatte, als ich sagte, dass sie im Zusammenhang mit den KZ-Sachen aus unseren Akten ersichtlich sind.

254.Fr. Der Mann der sie hereinbrachte ?

A. Das war STRICKNER, er war Sachbearbeiter des SD der deutschen Volksliste in Posen. Der SD hatte weitgehenden Einfluss auf die Volksliste. SD-Vertreter saßen bei den Zweigstellen der Volksliste. STRICKNER hatte den Fall bearbeitet in Posen und den Antrag abgelehnt. Die WEICHANT beschwerte sich und bat erneut um Aufnahme und waehrend dieses Verfahren lief, geschah die Verlobung mit KURZKE und ihre Inhaftierung. Denn sie war waehrend dieser Zeit mal in Posen mit ihrem Verlobten und hat dort mit KURZKE vorgesprochen und sie haben sich als Verlobte ausgegeben und daraufhin liess STRICKNER sie verhaften.

255.Fr. Ist die rassische Ueberpruefung erfolgt ?

A. Nicht.

256.Fr. Ich denke, wenn Geschlechtsverkehr zwischen Polen und Deutschen vorlag, wurde rassisch untersucht ?

A. Ja, das habe ich allgemein gehoert.

257.Fr. Das Stabshauptamt hatte ein besonderes Lager dafuer ?

A. Ich weiss, dass dort sogenannte Widersindeutschungsfaeihige hineinkamen, aber der Erlasse, dass der vom Stabshauptamt stammt, ist mir neu.

258.Fr. Wie hat sich das abgespielt ?

A. Das ist ein Verfahren, was nicht unmittelbar mit der Volksliste zusammenhaengt, insofern, als auch Leute erfasst wurden, die keinen Antrag auf Aufnahme in die Volksliste stellten. Erfasst werden sollten durch diese Aktion sogenannte rassisch, gute Elemente, die im Fremdvolk aufgegangen waren. Man war der Auffassung, dass alles was nordisch sei, Fuehrungselemente waeren. Man musste, wenn man das Polentum nieder halten wollte, entweder seine Fuehrungskraefte

nehmen oder liquidieren und dieses Wegnehmen sollte geschehen bei jungen alleinstehenden Menschen oder auch wenn die ganze Familie gut war, die sollten im inneren des Reiches zu Deutschen umgefolgt werden, eingedeutscht; und entsprechend dieser Ideologie nannte man das ganze Wiedereindeutschung.

259.Fr. Ist das geschehen ?

A. In einzelnen Faellen wohl, in anderen Faellen sicher nicht.

260.Fr. Wieso nicht ?

A. Ich habe sehr oft gehoert aus Erzehlungen, dass Wiedereindeutschungsfahige Widerstand leisteten gegen die Wiedereindeutschung. Sie hielten an der polnischen Sprache fest. Es wurde immer wieder gesagt und ich glaube auch in Erlassen festgelegt, man sollte an dem inneren- und masseren Widerstreben der Menschen keinen Anstoss nehmen. Gerade die Charakterstarksten Elemente wuerden sich im Anfang widersetzen.

261.Fr. Sind Leute freiwillig nach Deutschland gegangen zwecks Wiedereindeutschung ?

A. Ja, wenn die Eindeutschung dem Wunsche des Betroffenen entsprach. Die Uebersiedlung nach Deutschland geschah auch in anderen Faellen, weil die Leute bessere Lebensbedingungen hatten. Das war ein gewisser Anreiz. Sie bekamen deutsche Lebensmittelkarten usw.

262.Fr. Etwas genaues wissen Sie nicht ?

A. Nein.

263.Fr. Sind Sie mit Leuten zusammengekommen ?

A. Ja, ich habe mal eine Frau gesprochen.

264.Fr. Das Programm ist vom Stabshauptamt dirigiert.

A. Ja.

265.Fr. Wer war das ?

A. Ich nehme an, dass die Initiative und Grundsatzbearbeitung bei Amt I lag und die Ausfuehrung, naemlich die Uebernahme in das Wiedereindeutschungsverfahren bei Amt II BETHGE, die Auswahl zwischendurch bei Rasse- und Siedlungshauptamt.

266.Fr. Wissen Sie ob die VOMI dabei beteiligt war ?

A. Und soviel ich weiss die Dienststelle " Voelkische Schutzarbeit " bemueht sich lebhaft darum in Betreuungsarbeit eingeschaltet zu werden.

267.Fr. Das Rasse- und Siedlungshauptamt machte die rassischen Pruefungen ?

A. Ja, die Auslese der Wiedereindeutschungsfahigen persoenlich geschah allein oder im wesentlichen durch eine Aussenstelle des Rasse- und Siedlungshauptamts in Litzmannstadt unter Sturmabfuhrer DONGUS.

268.Fr. Und SCHWALM ?

A. Das wusste ich nicht, dass SCHWALM bei dieser Sache mitspielt. Ich dachte, SCHWALM sass im Rasseamt in der Zentrale.

269.Fr. Das war spaeter.

A. Ich kenne als Leiter der Aussenstelle immer nur DONGUS. SCHWALM habe ich spaeter in Berlin erlebt.

270.Fr. In welcher Sache ?

A. Es koennte gewesen sein bei Heiraten der Gruppen III und IV.

271.Fr. Dreimal sagten Sie ?

A. Nein, wiederholt.

272.Fr. Das waren alles Fragen, die in der rassischen Ueberpruefung eine Rolle spielten.

A. Und das Rasse- und Siedlungshauptamt hatte die Neigung, die rassische Ueberpruefung zu dem Angelpunkt der Politik zu machen.

273.Fr. Kircheneigentum wurde auch weggenommen ?

A. Ich glaube, dass da ein Stopp-Erlass vorlag. Jedenfalls war es eine Sache, die nicht gerne angefasst wurde. Die Kirchenpolitik lag ziemlich fest in Haenden von IVa 4a des Reichssicherheitshauptamtes. Man muss zwei Dinge unterscheiden: Wir haben sehr viel zu tun gehabt mit kirchenlichen Anstalten, die im Reich beschlagnahmt waren, zur Unterbringung von VOMI-Lagern. Daneben laeuft die

75-1619-111

beschlagnahme von Kirchen-Vermögen in den eingegliederten Ostgebieten. In diesem Punkte wurde etwas kurs getreten.

274.Fr. Was heisst das ?

A. Ich glaube, dass man dort etwas Hemmungen hatte.

275.Fr. Beides wurde vom Stabshauptamt gemacht ?

A. Im Altreich handelte es sich um einige Hundert Kloester und Anstalten, die als Umsiedler-Lager in Anspruch genommen waren.

276.Fr. Hier schreibt BRENN: - Dokument wird vorgelegt - Können Sie sich daran erinnern?

A. Ja, der betreffende Sachbearbeiter sollte bestraft werden, aber es ist unterblieben. GERSHOLTZ und CREUTZ fahren runter und gaben ihm einen Ruffel, weil es verboten war, Kirchenvermögen anzufassen. Es wurden einzelne Objekte der Kirche zurueckgegeben.

277.Fr. Weil die Bevölkerung erbittert darüber war.

A. Ja, aber der entscheidende Punkt war, dass man Sorge hatte vor HIMMLER. HIMMLER wollte die Kirche in einem anderen Effekt liquidieren, aber im Hinblick auf die Kriegslage wollte man in der Bevölkerung nicht böses Blut machen. Im Juli 1942 ist ein Stopp-Erlass herausgekommen, dass von der Kirche nichts mehr verwendet werden sollte, da eine allgemeine grosse Verbitterung innerhalb der katholischen Kirche entstand. Soviel ich weiss, sind diese Faelle in Kattowitz ...

278.Fr. Weil man keinen Erfolg hatte ?

A. Nein, weil die katholische Kirche diese Faelle sofort wieder an die grosse Glocke brachte.

279.Fr. Was war ihre Politik ?

A. Die sofortige Aufhebung der Beschlagnahme.

280.Fr. Da kann ich Ihnen Akten zeigen, dass es nicht stimmt ?

A. Im Altreich.

281.Fr. In den eingegliederten Gebieten ?

A. Da waren keine.

282.Fr. Im Warthegau waren doch welche ?

A. Ich glaube nicht, dass es dort Kloester gegeben hat.

283.Fr. Oberschlesien ?

A. Nein.- Der oestlichste Fall den ich kenne ist Kloster ANNABERG, aber die Umsiedler-Lager der VOMI lagen im Altreich, Bayern, Wuerttemberg, Mittelddeutschland. Darauf bezog sich diese Sache, die von Ihnen erwachte Regelung, dass diese Kloester beschlagnahmt bleiben sollen und man sollte Ihnen etwas zahlen und in diesen 14 Faellen, die vom Bodenamt Kattowitz beschlagnahmt waren, da ging die Politik dahin, nach Moeglichkeit das zurueckzuziehen, ohne Prestigeverluste.

284.Fr. Sagte GRIFFELT, das Innenministerium haette schon Wege gefunden, dass man Rente bekommt ?

A. Ueber diesen Vorgang im Altreich kann ich sehr genau Auskunft geben.

285.Fr. Ich meine, BERTRAM, haben Sie hingehalten ?

A. Ja, natuerlich, BERTRAM ist in der uebelsten Art und Weise hingehalten worden. Das kann GRIFFELT auf keinem Fall sagen, dass wir in der Kirchen-Frage besonders grossfuegig gewesen waeren.

286.Fr. Was ist mit der deutschen Volksliste in der Ukraine ?

A. Das war etwas, was ganz am Rande spielte. Es gab dort einen Ansiedlungstab Shtomir unter Leitung von Standartenfuehrer HENSCHEL und auch dort gab es Leute, die mal deutscher Abstammung waren, die auch die Neigung zeigten, ob gern oder ungern, in die deutsche Volksliste aufgenommen zu werden. Es wurde dort auch eine Einbuengerungs-Aktion eingeleitet, aehnlich wie in den eingegliederten Ostgebieten, nur war die Zustaendigkeit etwas anders.

287.Fr. Wer hat die Sachen durchgefuehrt, die VOMI ? Sie kennen Leute von der VOMI ?

A. Ja, sicher, BRUECKNER.

288.Fr. Gut.

A. Ziemlich gut, ich war lange im Lager mit ihm zusammen.

289.Fr. Er war der fuhrende Mann im Amt VI ?

A. Ich weiss nicht, wie die Einteilung der Aemter bei der VOMI ist.

290.Fr. In welchen Sachen haben Sie ihn kennengelernt ?

A. Bei Fragen, in der Betreuung der Wiedereindeutschungsfahigen durch die "Voel-  
kische Schutzarbeit". Im wesentlichen war unser Referat, BETHGE als Gegenpart-  
ner.

291.Fr. Die deutsche Volksliste ?

A. Bei Besprechungen ueber die deutsche Volksliste, bei allgemeinen Resorts-be-  
sprechungen war auch die VOMI beteiligt.

292.Fr. GREIFELT war auch dabei ?

A. Ich weiss nicht.

293.Fr. HARDERS und Reichssicherheitshauptamt ?

A. Das waren immer die vier.

294.Fr. Welche anderen Sachen hat die Pruefung noch bearbeitet ? Uneheliche polnische  
Kinder ?

A. Ja.

295.Fr. Was denn ?

A. Das war eine Sache.

296.Fr. Streichung des Unterhalts, Einziehung zu Gunsten des deutschen Reiches.

A. Ja, da war das Problem folgendes: Es war festgestellt worden, dass trotz der  
Heraufsetzung des Heiratsalters bei Polen und trotz anderer Massnahmen, die Ge-  
burtenfreudigkeit eine recht betruechtliche war. Da verlegten sich die Polen ab-  
sichtlich, teilweise wie es hiess auf Grund einer Parole der polnischen Wider-  
standsbewegung darauf, uneheliche Kinder in die Welt zu setzen. Es hiess: Jeder  
Wehrfahige, ein Jahr zur Wehrmacht, jedes Frau, in einem Jahr ein Kind. Man  
zerbrach sich in Berlin die Koepfe darueber, wie man hier Herr werden koennte  
und verfiel auf den Gedanken, man sollte der polnischen Mutter eines unehel-

lichen Kindes den Alimentenanspruch des polnischen Erzeugers vorenthalten, um ihr dadurch das Austragen eines unehelichen Kindes zu verbittern. Daraufhin kamen andere Leute und sagten, das bedeutet eine Praemie fuer den polnischen Mann, erstrecht Kinder in die Welt zu setzen, und dann fiel man auf die salomonische Loesung: man liess den polnischen Erzeuger zahlen, aber gab der Mutter nicht das Geld, sondern das Geld wurde einem besondern Fond zugefuehrt.

297.Fr. Wer hat dabei mitgemacht ?

A. Also ich selbst, dann wahrscheinlich ein Vertreter von EHLICH, ein Vertreter des Rasse- und Siedlungshauptamtes, der VOMI, des Innenministeriums und der Partei.

298.Fr. Koennen Sie sich nicht an BRUECKNER erinnern ? Dass Sie ein Protokoll zusammen

A. angefertigt haben ?

A. Kann sein.

299.Fr. Das war auch eine BRUECKNER Angelegenheit u.a.

A. Es koennte sein.

300.Fr. Wie war es mit dem Sonderkommando R ?

A. Sonderkommando kenne ich, also OHLENDORF, diese Truppen.

301.Fr. Wie hat die VOMI in Russland gearbeitet ?

A. Ich weiss, dass HOFFMEYER unten war, und dass die VOMI praktisch regierte in Bessarabien oder wo, also ein grosses Gebiet hatte, was z.T. von Deutschen von altersher besiedelt war.

302.Fr. Sie wissen nichts, vom Einsatz der Einsatzkommandos im Osten ?

A. Nein.

303.Fr. Von den schwedischen Doerfern ?

A. Ich kenne die Bezeichnung nicht, ich weiss von einem Siedlungsvorhaben bei Shtowir.

304.Fr. Die Doerfer liegen am Djnepr ? Was hat die VOMI gemacht, hat sie erst herausgefunden was volksdeutsch ist fuer das Sonderkommando R, dass das Schweden-doerfer sind. Dr. WOLFRUM hat Sie persoenlich informiert davon, koennen Sie sich erinnern ?

- A. Ach, das war glaube ich die Frage aufgetaucht, ob man Schweden als deutschstaemmige im Sinne der Volksliste ansehen koennte.
305. Fr. Das war auch eine Frage die im Stabshauptamt bearbeitet worden ist ?
- A. Das ist irgendwie an uns herangetragen worden.
306. Fr. Dr. WOEHRM in der Ukraine, wie hat sich das abgespielt ? Da haben Sie dann auch BRUECKNER geschrieben, Briefwechsel zwischen Ihnen und BRUECKNER ?
- A. Es ging um die Frage, ob man Schweden als deutschstaemmige ansehen koennte. Ich weiss nicht, was daraus geworden ist. Ich glaube, Schweden sind als deutschstaemmige gleich zu achten.
307. Fr. Da sollte mal eine Hypothek aufgenommen werden, eine Kriegsanleihe, kennen Sie die Geschichte ?
- A. Plaene von Prof. MEYER, HIMMLER hatte den Gedanken, er wuesse sich fuer die Nachkriegszeit fuer die grosse Friedenssiedlung, die er vor hatte, unabhaengig machen vom Reichsfinanzministerium. Er glaubte, dass die Nachkriegszeit so grosse Anforderungen stellen wuerde, dass er unter Umstaenden ins Hintertreffen geraten wuerde. Zu dem Zwecke wollte er auf dem polnischen, zu seiner Verfuegung beschlagnahmten Grundbesitz eine allgemeine Belastung durchfuehren und auf die Deckung dieser Gesamtbelastung eine Anleihe ausgeben.
308. Fr. Das war ein Nachkriegsprojekt ?
- A. Ja.

.....

25-1619-19

Interrogation

v. 14. X. 47

Institut für Zeitgeschichte

RESTRICTED

Interrogation # 2154 A

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1948/56

Vernehmung des Kuno WIRSICH  
am 11. Oktober 1947 von 16.00 - 18.00 Uhr  
durch Mr. Dr. E.H. SCHENK und Mr. MEYER  
auf Veranlassung von Mr. Dr. E.H. SCHENK  
Stenographin : H. LANG

---

1. Fr. Geben Sie Ihren vollen Vor- und Zunamen an ?  
A. Kuno WIRSICH
2. Fr. Sind Sie sich bewusst, dass Sie noch unter Eid stehen ?  
A. Ja.
3. Fr. Wir haben hier einen Aktenvermerk ueber die vorgefundenen Gegenstaende in Wilshofen .. Unterschriftenmappe, Geheimverordnungen des Stabshauptamtes, Sonderbefehle des Reichsfuehrers SS usw.  
Was ist Konto V ?  
A. Das weiss ich nicht.
4. Fr. Es sind 4 Blatt Korrespondenz ueber Konto V ? War das nicht ein Privatkonto von GREIFELT ?  
A. Das ist mir nicht bekannt.
5. Fr. Was war das Konto V ?  
A. Das ist mir nicht bekannt.
6. Fr. Wer koennte das wissen ?  
A. SCHWARZENBERGER, AMTMANN, FINSTERER.
7. Fr. Sie wissen nichts ?  
A. Nein.
8. Fr. Sie haben nicht einmal reingeschaut, ?  
A. Oh sicher habe ich mal reingeschaut, schon aus diesem Grunde, weil mich das Privatleben von GREIFELT brennend interessierte.

9. Fr. Hat das Stabshauptamt kein Geheimkonto gehabt ?

A. Darüber weisse ich nichts. Sie durften sicher sein, wenn ich etwas weisse, dass ich alles sagen werde..

10. Fr. Das weisse ich schon. Ich sage Ihnen ja auch nicht alles, was wir bereits wissen.

A. Das ist mir schon peinlich, ich vermutete es allerdings wissen, aber ich kann nicht sagen, dass es so war, wenn es nicht der Fall gewesen ist.

11. Fr. Sie sind einmal von der Armee entlassen worden fuer eine besondere Untersuchung, hat die sich auf das Stabshauptamt bezogen ?

A. Waehrend ich noch gefangen war in Freising wurde ich ploetzlich ueberstellt nach SCHWEIGLBERG und arbeitete zusammen bis zum 27. August noch als Gefangener, aber schon mit weitgehenden Freiheiten. Ich bekam waehrend dieser Zeit 10 weibliche Angestellte und rund 50 Lazarettgehilfen.

12. Fr. Was war der Gegenstand ?

A. Im ganzen Kloster SCHWEIGLBERG hatte man die verstreuten Akten des Reichskommissars fuer die Festigung Deutschen Volkstums oder anderer Dienststellen, welche zum Schluss eingepartiert waren, zusammengetragen und sie in grossen Buegen geordnet und die interessanten Vorgaenge herausgesucht.

13. Fr. Und haben Sie da nicht versucht, einige davon zu lesen ?

A. Ja.

14. Fr. Aber das mit dem Konto V ? Darueber wissen Sie nichts ?

A. Das habe ich bestimmt gelesen. Aber es waren ja sovieler Akten, dass man sich mit den Einzelnen gar nicht so recht befassen konnte.

15. Fr. Wovon handelten die Akten ?

A. Betreffend Sonderbehandlung. Meistens von Hoeheren SS und Polizeifuehrern SPRUE oder von anderen Hoeheren SS - und Polizeifuehrern Halle oder Magdeburg.

16. Fr. Und was besagten die ?

A. Eben betreffend Sonderbehandlungsfaelle. Wiedereindeutschungsfaelbigkeit ... in der vorgeseichneten Angelegenheit hat das Ergebnis der rassischen Ueberpruefung die Wiedereindeutschung ergeben und es wird geboten das weitere zu veranlassen.

17. Fr. Was ist veranlaeset worden ?

A. Das weis ich nicht.

18. Fr. Das ging dann an BETHGE ?

A. Ja.

19. Fr. Und was der gemacht hat, das wissen Sie nicht ?

A. Nein. Als sich diese Faelle haueften, habe ich ihn gefragt, was bedeutet Sonderbehandlungsfaelle. Darauf sagte er zu mir, das sei ein dunkles Kapitel - es handle sich darum, dass ein Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Auslaendern, und zwar nur Polen und Russen stattgefunden hatte. In diesen Faellen wurde die Sicherheitspolizei beauftragt die Sache zu ordnen. Es wurde dann eine rassische Ueberpruefung gemacht ob sie positiv oder negativ ausfiel. Ergab sich bei der rassischen Ueberpruefung, dass der Betreffende als rassisch ungeeignet war, dann wurde er aufgehängt, ergab sich, dass der Betreffende rassisch gemuegte, so wurde er als " erwünschter Bevölkungsschwachs " angesehen, dann wurde er entweder dem Stabshauptamt oder direkt dem betreffenden Beauftragten im Altreich zugewiesen.

20. Fr. Was war mit der Massnahme gegen polnische Partisanen ?

A. Auch bei dem Vorgang polnischer Partisanen kann es sich nur um Einzelfaelle handeln.

21. Fr. Wenn diese sogenannten Einzelfaelle vorkamen, an wen wurde da berichtet ?

A. Diese Berichte waren entweder an HIMMLER oder an das Reichssicherheits-

hauptamt gerichtet und wurden uns zur Kenntnis zugeleitet. Ich erinnere mich an einen Vorfall KOPINICKI aus Graudenz oder Thorn oder einer in der Nahe liegenden Stadt. Der Mann war bereits in der Deutschen Volksliste aufgenommen worden. Ganz plötzlich wurde er von der Sicherheitspolizei als Mitglied der Widerstandsbewegung festgestellt und zwar dadurch, dass man ihn in seiner Zelle einen polnischen sprechenden Gestapospitzel mit hinein steckte.

22.Fr. Was war der Sinn ?

A. Der Sinn war der, dem Stabshauptamt oder dem obersten Prüfungshof Material zu liefern. Die Bekämpfung der polnischen Widerstandsbewegung in Westpreussen wurde sehr erschwert dadurch, dass die Männer der Widerstandsbewegung Ausweise der Deutschen Volksliste besaßen und damit alle möglichen Bewegungsfreiheiten, über die die Polen nicht verfügten; Sie wurden auf Grund dieses Ausweises zur Wehrmacht eingezogen - kamen sie dann auf Urlaub, so liefen sie meistens in die Wälder zu den Partisanen. So kann ich mich daran erinnern, dass ein Sprengstoffanschlag in der Gepäckaufbewahrung auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin von Angehörigen der Abteilung III der Volksliste ausgeübt worden ist.

23.Fr. Wer hat das festgestellt ?

A. Reichssicherheitspolizei. Das waren Leute die einwandfrei zu Polen gehörten.

24. Fr. Glauben Sie, dass alle diese Leute von Abteilung I+I waren ?

A. Ja. Die Mehrzahl der Abteilung III waren doch Polen.

25. Fr. Und Gruppe IV waren Renegaten ?

A. Renegaten d.h. Leute deutscher Abstammung, wobei die deutsche Abstammung festgestellt wurde, nach dem Klang des Familiennamens, nach der Aussprache der deutschen Sprache, nach den Grosseltern. Deutschstämmig in diesem Sinne also, dass sie sich ausserlich völlig aus Polentum

RESTRICTED

bekannten.

26.Fr. Die kamen auch Freiwillig ?

A. Zum Teil ja.

27.Fr. Ist Ihnen der Erlasse der Deutschen Volkliste bekannt ueber die Wegnahme von Kindern. Wenn Leute sich nicht einverstanden liessen, dass man ihnen die Kinder wegnehme ?

A. Ich glaube, dass es so etwas gab.

28.Fr. GRIFFELT kam von HIMMLER zusammen mit einer Verfügung, wonach den Leuten, welche sich weigerten eingedeutscht zu werden, die Kinder weggenommen sind ?

A. Ja, es gab so etwas, aber Voraussetzung war es, dass sie Deutschstammig waren. Aber genau kann ich es nicht sagen.

29. Fr Ist die Verfügung nicht von Stabshauptamt ausgearbeitet worden ?

A. Wahrscheinlich.

30. Fr. Sie haben mir gestern gesagt, dass die Leute sich draengten dahineukommen, warum war dann die Verfügung von GRIFFELT notwendig, dass den Leuten, die sich nicht einverstanden lassen, die Kinder weggenommen werden. Ich war in Polen, ich weiss was gespielt wurde, ich kann auch verstehen, warum die Herren vom Stabshauptamt behaupten, die sind freiwillig gekommen ?

A. Das behaupte ich nicht.

31.Fr. Sagen wir freiwillig in Aufzehrungestriche ?

A. Nein. Ich sage freiwillig.

32.Fr. Wenn ich heute zu Ihnen sage, ich bin begeisterter Deutscher, wissen Sie was dahinter steckt. Wer sagte Ihnen, dass sie freiwillig kamen. Sie koennen ja auch sagen, Sie sind freiwillig zu mir gekommen, ob es der Wahrheit entspricht ist ein anderer Fall. Ich kann es Ihnen beweisen,

weil es in der Verfügung steht. Sie mussten mir dann schon einen Fall bringen, wo der Betreffende, also der Pole nichts hatte, wo Sie sagen konnten, der Mann musste freiwillig so gehandelt haben, weil er damit wirtschaftlichen Vorteil fuer sich sah ? aber der Pole der etwas hatte, der kam doch nicht freiwillig ?

Dokument wird vorgelegt.

Das ist Nr. 1. Und das ist Ihr Chef ?

A. Ja. Zweifellos.

33. Fr. Das war am 12. Februar 1942 ?

Jetzt kommt die Verfügung vom 14. Februar 1942, die Behandlung von 1, 2, und 3. da heisst es ....

A. Das ist mir nicht ganz klar. CRISTFELT sollte die Kinder wegnehmen ?

Dokument wird vorgelegt.

34. Fr. Waren Sie damals in der Rechtsabteilung ?

A. Ich hatte sie wenige Tage zuvor übernommen.

35. Fr. Kennen Sie diesen Erlass ?

A. Ja.

36. Fr. Ist der im Chefbüro bearbeitet worden ?

A. Ich glaube sicher, dass ERLICH und die Sachbearbeiter mit den Mitarbeitern daran beteiligt waren, an der Ausarbeitung.

37. Fr. Waren Sie damals Leiter der Rechtsabteilung ?

A. Ja.

38. Fr. Warum ist der Ihnen nicht gezeigt worden ?

A. Der ist unterschrieben worden auf der Besprechung vom 10. Februar 1942. Ich konnte mit Sicherheit sagen, dass dieser Erlass vor dem 10. II. 47

RESTRICTED

unterschieden worden ist, und zwar brachte Gruppenführer GREIFELT von einem Vortrag beim Reichsführer SS eine grosse Anzahl Verfügungen zurück. Unter anderem auch die Vorschrift 12 c und dieser Erlaß über die Behandlung der Gruppe IV. Durch mangelnde Zusammenarbeit zwischen dem Stabshauptamt und dem Reichssicherheitshauptamt kam es dazu, dass die allgemeine Anordnung 12 c ein anderes Datum erhielt, als der Erlaß der Abteilung IV. GREIFELT brachte diese Verfügungen und Anordnungen dem Amtschef in einer Amtschefbesprechung zur Kenntnis, die also zwischen dem 16. Februar 1942 stattgefunden hat. An dieser Amtschefbesprechung nahm ich zum ersten Mal daran teil, ich erinnere mich daran genau, weil GREIFELT die unterschriebene Anordnung 12 c, die damals noch nicht die Bezeichnung hatte, herauszog und fragte, wer bekannt das. GÖTZ rief c. Der Vertreter von Amt I mit Namen SCHUBERT oder FAHRNICH protestierte dagegen und sagte die Anordnung ist von Amt I ausgearbeitet worden. Daraufhin entschied GREIFELT, das bekannt c. Seitdem führt diese Anordnung die Bezeichnung 12 c.

39.Fr. Also war die Anordnung 12 c von Amt I ausgearbeitet worden. ?

a. Ja. von SCHUBERT. Das heisst die Ausarbeitung lag federführend bei Amt I. Da die allgemeine Anordnung 12 c eine Fülle von verschiedenen Fragen enthält, nehme ich an, dass an der Ausarbeitung oder teilweise an der Schlussforderung eine Fülle anderer Abteilungen des Stabshauptamtes oder der Ministerien beteiligt waren. Wenn es z.B. heisst in der Anordnung, dass Angehörige der Abteilung III nicht bekannt werden dürfen, so war dieser Passus mit dem Reichsinnenministerium abgezeichnet.

40.Fr. Landwirtschaftliche Anordnungen wurden von der wirtschaftlichen Abteilung bearbeitet ? (Frage von Mrs. LANG)

a. Ja.

41.Fr. Aber das Original wurde von GREIFELT zurückgebracht ? Es wurde nicht in das Innenministerium gebracht, sondern in das Stabshauptamt ?

A. Ja.

42. Fr. Wie steht es mit der Verfügung beschlagnahmter Kinder ?

Bezieht sich die Beschlagnahme auf die Deutsche Volkallote oder auf die Wiedereindeutschung oder auf beides ?

A. Es konnte sich hier allenfalls um einen e losen Hausgebrauch handeln, wenn GEMFALT unter eindeutschungsfähigen Polen Leute der Gruppe IV ... Gerade das Rasse- und Siedlungshauptamt hatte sehr viel mit der Wiedereindeutschung von Polen zu tun und die beiden Gruppen wurden sehr streng voneinander getrennt gehalten.

43. Fr. Es sind aber besondere Verfügungen hier ... ?

A. Diese Verfügungen richteten sich in erster Linie an andere Resorts, aber die eigentlichen Leute saßen in Amt I und Rasse- und Siedlungshauptamt.

44. Fr. Ich kann Ihnen aber sagen, dass es im Rasse- und Siedlungshauptamt behandelt wurde ?

A. Ja, das kann schon sein. Praktisch wurden die Wiedereindeutschungsfähigen Polen und die Angehörigen der Gruppe IV in vielen Fällen gleichgestellt. Beide sollten die Staatsangehörigkeit auf Widerruf im Wege der einzelnen Einbürgerung erwerben, beide waren Schutzangehörige, genossen aber gegenüber der grossen Masse der Polen eine etwas bessere Rechtsstellung.

45. Fr. Dieser ursprüngliche Erlass ist, wonach die Abteilung IV die Staatsangehörigkeit auf Widerruf bekam ?

A. Ja.

46. Fr. Sie sollten Staatsangehörige auf Widerruf werden ?

A. Ja. Während die Gruppe III unmittelbar mit der Aufnahme die Staatsangehörigkeit erwarb, Gruppe IV sollte durch einzelne Einbürgerung die Deutsche Staatsangehörigkeit erwerben.

Dokument wird vorgelegt.

47. Fr. Wenn GREIFELT diese anderen Anordnungen bekommen hat, glauben Sie, dass er eine ausgeführt hat ?

A. Ich glaube ja. GREIFELT war sehr korrekt, wenn es sich darum gehandelt hat, Befehle von HIMMLER auszuführen. Ich glaube es ist ausgeschlossen, dass der Erlass vom 16.II.1942 eine Ausführung von GREIFELT ist.

48. Fr. Es heisst aber doch " bei einer anderen Gelegenheit " ?

A. Aber dieser Erlass von Abteilung IV wurde bereits am 9 - 10.II. von GREIFELT .. die wurden am gleichen Tage unterschrieben, sie ergaenzen einander.

49. Fr. Sie sagen die wurden am gleichen Tage unterschrieben ?

A. Ja, ich sagte doch schon durch die verschiedenen technischen Behandlungen der beiden Hauptamter ist ein Unterschied im Datum entstanden.

50. Fr. Wissen Sie dann wie sich das fortgesetzt hat ?

A. Nein.

51. Fr. Ist das nicht durch die Rechtsabteilung gegangen ?

A. Nein. Zwischen der Rechtsabteilung und Amt I SCHUBERT bestanden nach dem 9.II.1942 starke Differenzen und es dauerte Wochen sogar Monate bis ein leidliches Zusammenarbeiten zwischen mir und SCHUBERT wieder zustande kam.

52. Fr. Sie koennen sich an keinen Erlass erinnern, welcher die Beschlagnahme von Kindern zum Gegenstand hatte ?

A. Nein.

53. Fr. Aber dieser Erlass vom 16.II.1942 von wem war der ?

A. Vielleicht vom Reichssicherheitshauptamt aber hoechstwahrscheinlich am Amt I des Reichshauptamtes.

54. Fr. Ist das die Anschrift unter der das Reichssicherheitshauptamt schrieb

A. Ja.

55. Fr. Ziffer VII worauf bezieht sich das ?

A. Das weiss ich nicht.

56. Fr. Ist das das Zeichen Reichssicherheitshauptamt oder Stabshauptamt ?

Dokument wird vorgelegt ?

A. Keine Antwort.

57. Fr. Kann das nicht Planung sein ? (Frage von Hr. Meyer ).

A. Nein, Planung hat VI.

58. Fr. Sie glauben, dass die Gruppe IV und die Niedereindeutschungsfähigen getrennt gehalten wurden ?

A. Ja.

59. Fr. Aber die Gruppe IV waren doch auch Polen ?

A. Ja sicher.

60. Fr. Dann glauben Sie, dass diese Verfügung ausgeführt worden ist, aber Sie wissen nicht wie ?

A. Ich glaube, dass wenn GRIFFELT eine Verfügung erhielt, dieser Verfügung auch nachkam.

61. Fr. Aber wie ?

A. Es würde zu viel sein, wenn ich etwas sage, was ich nicht mit Bestimmtheit weiss.

62. Fr. Erinnern Sie sich noch an die Besprechung, wonach die Kinder weggenommen werden sollten von Leuten die sich nicht eindeutschen liessen ?

A. Ja. da war etwas, ich habe gehört davon.

63. Fr. Erinnern Sie sich an eine Konferenz ? Oder an eine Sitzung ?

A. Ich habe an vielen Sitzungen und Konferenzen teilgenommen.

64. Fr. Wissen Sie, wer die Kinder übernehmen sollte ?

A. Nein.

65. Fr. Kennen Sie die Beziehungen zwischen dem Lebensborn und dem Stabshaupt-

ist, mein ich meine zum Reichskommissar fuer die Festigung Deutschen Volkstums ?

A. Ich war ueberrascht, dass der Lebensborn zum Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums gezogen wurde.

65.Fr. Wer hat die Verfaegung ausgearbeitet ueber die wiedereindeutschungsfahigen Waisenkinder ?

A. Keine Antwort.

67.Fr. Ist Ihnen das Gebiet ueberhaupt nicht bekannt ?

A. Ich weiss aus einem einzel Fall ...

68.Fr. Nein, ich meine im Stabshauptamt. Das muss doch ueber die Rechtsabteilung gegangen sein. Das waren doch Verfaegungen die juristisch in irgend einer Weise ausgearbeitet werden mussten. GREIFELT oder GRUETE hat das doch nicht gemacht ?

A. Nein.

69.Fr. Sie meinen nicht, dass das GREIFELT selbst gemacht hat ?

A. Nein. Wenn ich das Aktenzeichen sehe, weiss ich schon Bescheid ?

70.Fr. Ist das bei den Antabesprechungen nie zur Sprache gekommen ?

A. Das ist schon moeglich. Aber ich habe nie gehoert ueber eine Zusammenarbeit zwischen dem Lebensborn und dem Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums.

71.Fr. Der Lebensborn ist doch immer ausdrucklich genannt worden, als eine der Organe mit denen das Stabshauptamt zusammengearbeitet hat ? Das muss doch einen Grund haben, es muss doch etwas vorhanden sein ?

A. Darueber weiss ich nichts.

72.Fr. Mir zeigen Ihnen eine Anordnung 67/1

Dokument wird vorgelegt ?

A. Diese Sache habe ich bestimmt nur Kenntnis bekommen, aber wahrscheinlich erst nachher. Dann alle Anordnungen dieser Art wurden im ganzen Hause

verteilt und jeder bekam sie. Ueber diese Anordnungen hat es bestimmt lange Verhandlungen gegeben, ich nehme an, dass diese Ausarbeitung monatelang gedauert hat.

73.Fr. Wann kamen Sie in die Rechtsabteilung ?

A. Am 15.II. es war da, als GOETZ Chef des ersten Wirtschaft wurde.

74.Fr. Wer ist Dr. HOLITE ?

A. Ein Mann vom Amt I.

75.Fr. Wissen Sie wo HOLITE jetzt ist ?

A. Das kann ich nicht sagen. Im Jahre 1942/1943 ist er ausgeschieden und zur Wehrmacht gegangen. Ich schätze, dass er noch in Berlin ist.

76.Fr. Sie sagen, das war in einer Amtsschafbesprechung, diese Anordnungen ist jedem zugeschickt worden ?

A. Ja, diese wurden im Hause verteilt.

77.Fr. An was verteilt ? An alle ?

A. An alle Aemter.

78.Fr. Und alle Amtsschaf ?

A. Ja. Und meistens auch an die Rechtsabteilungen, Statistiken, Personalstelle und an die Hauptabteilungen.

79.Fr. Was heisst hier Marquart Frä. ?

A. Das weiss ich nicht. Ich kenne nur ein Frä. MARQUART, die arbeitete in Berlin, es koennte sein, dass sie ihre Karriere danach gemacht hat, indem sie von GEBFELT entdeckt worden ist.

80.Fr. Wo arbeitet die jetzt ?

A. Das weiss ich nicht. Ich glaube aber, dass sie in einer Militaerbehörde in Berlin arbeitet.

81.Fr. Wie ist ihr Vorname ?

A. Das weiss ich nicht.

82. Fr. Was war die Geschichte mit der Deportation von Franzosen und Elsass-Lothringern ?

A. Ich fand Karteikarten ungefähr 100 Stück. Darauf wurden die Personalien angegeben von Luxemburgern und französischen Staatsangehörigen. Französische Staatsangehörige aus Elsass-Lothringen, die dort abgesiedelt worden waren und zur Germanisierung in das Reich gebracht wurden. Die Karteikarten schienen mir besonders wesentlich, weil auf ihrer Rückseite vermerkt war, aus welchem Grunde sie abgesiedelt worden waren. Daraus war ersichtlich, dass der eine wegen Verweigerung des deutschen Grusses abgesiedelt wurde, der andere weil es sich nicht beteiligt hatte an einer öffentlichen Spende. Diese Karteikarten waren unterzeichnet für Kreisleiter, Landrat und noch eine dritte Stelle.

83. Fr. Wie kamen die in die Hände des Stabschauptastes ?

A. Ich vermute, dass die Karteikarten zum Stabschauptast kamen, weil das Stabschauptast diese Männer im Reich eindeutschend sollte und aus diesem Anlass die Personalien und die Gründe der Absiedlung erfahren sollte.

84. Fr. Wie sagen mehrere 100 ?

A. Ja, es war eine erschütternde Lektüre, zumal die Absiedlungsgründe.

85. Fr. Uns wundert nichts mehr. Für uns ist das nichts Neues mehr.

A. Kein Antwort.

86. Fr. Was war die Geschichte mit dem Herzog Karl-Albrecht v. Habsburg ?

87. Fr. Wie steht es mit den 1000 Luxemburgern ?

A. Das habe ich ja soeben erwähnt, es waren Franzosen und Luxem-

RESTRICTED

burgern Kinass-Lothringern.

88. Fr. Wie war es mit dem Erzherszog Karl Albrecht von HABSBURG ?

A. Erzherszog Karl Albrecht von HABSBURG ist eingesperrt worden wegen seines angeblich deutschfeindlichen Verhaltens. Am Anfang hat er es bei den Polen sehr schwer gehabt - hat aber dann gewisse Beziehungen aufgenommen zu höheren Persönlichkeiten, machte auch grössere Spenden zu Gunsten der Polen und wurde deshalb von der Gestapo als Verräter gestoppt. Wegen seines Gemüthszustandes nach einigen Monaten wieder entlassen und kam in ein Sanatorium und zum Schluss in eine Klinik nach Wien. Er erhielt dann eine Rente aus der Herrschaft SATINACH, welche von der Haupttreuhandstelle Oet ( abgekürzt HTO ) beschlagnahmt worden ist. Die Höhe dieser Rente betrug meines Wissens 1000 - 1500 RM monatlich. Es kann auch sein, dass die Rente niedriger war.

89. Fr. Wer hat den Fall bearbeitet ?

A. Obergruppenführer GRUBBELT.

90. Fr. Und wer hat die Rente geschlossen ?

A. GRUBBELT persönlich. GRUBBELT hatte persönlichen Kontakt mit WINZLER. An sich wäre GRUBBELT nicht für diese Sache zuständig gewesen.

91. Fr. Das Vermögen war beschlagnahmt worden von der HTO WINZLER, wie kommt es aber, dass GRUBBELT rein kommt ?

92. Fr. Sind nicht Schritte unternommen worden, dem nach das Vermögen wieder freigegeben werden sollte. Das ist dann an GRUBBELT gegangen und GRUBBELT hat entschieden mit nein.

A. Das weiss ich nicht.

So viel ich weiss, legten sich die Könige von Spanien und Schweden

RESTRICTED

Säuer ein, dass dieser Mann besser und anständiger behandelt werden sollte.

93.Fr. Sie geben in einem anderen Bericht an, dass in den abgegliederten Ostgebieten 9 500000 Ha. beschlagnahmt worden sind. Stimmen diese Angaben ?

A. Diese Angaben habe ich entnommen aus den mit damals zugängigen Statistiken. Die Angaben ueber die von Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums beschlagnahmten landwirtschaftlichen Grundstuecke mit 6 bzw. 8390000 Ha. habe ich seinerzeit hoechstwahrscheinlich aus den mir damals zugängigen Statistiken den Monats- oder Vierteljahresberichten des Zentralbodenamtes entnommen. Auch die anderen Ziffern stammen hoechstwahrscheinlich aus der gleichen statistischen Quelle.

94.Fr. Sie sind doch Jurist ?

A. Ja.

95.Fr. Glauben Sie, dass Sie morgen Vormittag unter Zurverfuegungstellung der Bibliothek ... wie sie vom Anfang an 1939 aus dem Reichgesetzblatt ... ?

A. Das kann ich aus dem Kopf wiedergeben.

Die erste Beschlagnahmeordnung bezueglich polnischen Vermoegens wurde bereits im September und Anfang Oktober 1939 durch die verschiedenen Militaerbehoeftshaber, bzw. Chef der Zivilverwaltung erlassen und in deren Verordnungsblaettern veroeffentlicht. Anfang Oktober 1939 erfolgte die Errichtung der Haupttrehandstelle Ost durch GOSWING als Beauftragten fuer den Vierjahresplan mit einer weitgehenden, nicht auf den gewerblichen und staedtischen beschraenkten Beschlagnahmebefugnisse.

Am 16. Dezember 1939 erlaesse HIMMEL in seiner Eigenschaft als Chef der Deutschen Polizei 2 Eilrundschriften und zwar eines

HAUPTSTÜCK

ueber die Beschlagnahme von sogenannten Kulturgut zu Gunsten der Stiftung Ahnenerbe und ein weiteres ueber die Beschlagnahme des landwirtschaftlichen Grundvermoegens. Die Beschlagnahme sollte soweit ich weiss durch die Staatspoliseinstellen zur Verfuegung des Ahnenerbes bzw. des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums erfolgen.

Am 15. Januar 1940 erging eine im Reichsgesetzblatt veroeffentlich-te Verordnung von HIMMLER ueber die Beschlagnahme polnischen Staatsvermoegens.

Am 12. Februar 1940 ebenfalls eine Verordnung des Vierjahresplanes ueber die Einsetzung eines Generalverwalters fuer den nicht deutschen landwirtschaftlichen Grundbesitz. (Danaesch Ostland G.m.b.H., spaeter Reichsland G.m.b.H.). Die Einleitung, die oeffentliche Bewirtschaftung fuer diesen gesamten Grundbesitz (nichtdeutschen landwirtschaftlichen Grundbesitz stellte praktisch eine Pauschalbeschlagnahme dar. Diese Verordnung ist abgedruckt im Reichsgesetzblatt 235.

Am 17. September 1940 erging ebenfalls eine vom GORRING unterzeichnete polnische Vermoegensverordnung ( I Seite 12 170 ) in der die an sich schon seit dem 10. Oktober 1939 bestehende Beschlagnahmebefugnisse der Haupttreuhandstelle Ost und die durch die Erlasse vom 10. Dezember 1939 begruendete Beschlagnahmebefugnisse des Reichskommissars fuer die Festigung des deutschen Volkstums geregelt wurden.

RESTRICTED

96. Fr. Wie hat sich das mit den Kulturgütern abgespielt ?

A. Das weisse ich nur vom Hoerensagen und zwar nach meiner Erinnerung so, dass Beauftragte der Stiftung Ahnenerbe in den polnischen Museen und Schlössern Besichtigungen vornahm und die Kulturgegenstände herausuchten und verpackten. So viel ich weiss ergab sich später neber die Verwertung dieser Kunstgegenstände Meinungsverschiedenheiten zwischen den Reichstatthaltern bzw. Oberpräsidenten und den Zentralinstanzen andererseits. Die Reichstatthalter (GP) widersprachen einer ausfuhr dieser Kunstgegenstände aus ihren Gauen.

97. Fr. Was hat das Stabshauptamt damit zu tun gehabt ?

A. Das Stabshauptamt war keines Wissens in die Sichtung und Verwertung dieser Kunstgegenstände eingeschaltet durch den damaligen Kulturreferenten im Amt I, SS-Obersternführer WALTER.

98. Fr. Wissen Sie hat der WALTER Transporte unterschrieben ? Wer hat den Transportbefehl unterschrieben ?

A. Das weiss ich nicht.

99. Fr. Wissen Sie nicht hat nicht das Stabshauptamt diese Transportbefehle herausgegeben ?

A. Das weiss ich nicht.

100. Fr. Hier ist ein Erlasse vom 16. Dezember ?

Buch wird vorgelegt.

A. Ich weiss nur, dass WALTER mit den Kunstgegenständen etwas zu tun gehabt hatte, da waren Listen .. ich habe die akten gesehen ..

101. Fr. Interessierte er sich auch fuer Privatkunstgegenstände ?

A. Das weiss ich nicht.

102. Fr. Was ist hier mit Absatz IV.... Buch wird vorgelegt.

REDACTED

a. Im Herbst 1939 herrschte auf dem Gebiet der Beschlagnahme eine erhebliches Durcheinander. Die verschiedenen Stellen, auch Stellen der Partei beschlagnahmten Wertesachen, wie Bilder, teilweise mit, teilweise ohne schriftliche Verfügung. Hiffer IV ist ein Silberlase von 16. Februar einen Teil der Wertesachen, wie Bilder zu realisieren.

103. Fr. Zu wessen Gunsten, vielleicht des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums?

a. Das ist schon denkbar, dass der Reichskommissar die Beschlagnahme von Bildern ausgesprochen hat.

104. Fr. Waren die alle zu Gunsten des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums?

a. Dann musste er doch die Verfügung dazu gehabt haben. Ich bin nicht ganz sicher ob WALTER eingeschaltet worden war.

Mr. SCHNEKE liest Dokument.

105. Fr. also zu wessen Gunsten wurden die Sachen beschlagnahmt?

a. Keine Antwort.

106. Fr. Sicherstellung und Behandlung von Kunst- und Archivsachern?

Mr. SCHNEKE liest aus Dokument vor.

107. Fr. Ist das nur der Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums oder jemand anders?

Dokument wird an Herrn WIRSICH gegeben.

a. Eindeutig Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums. Ist das jetzt nicht von WALTER? Ich bringe in meines Gedächtnis WALTER mit in Berührung.

Buch wird wieder vorgelegt.

DEUTSCHER

a. Ja, das ganze stammt aus dem Referat WALTEN.

108. Fr. Wo ist WALTEN jetzt?

a. Der ist mit dem Auto verunglückt.

109. Fr. Das Hauptamt fuer Volkstumfragen wie stand das im Stabshauptamt?

a. Das war ein Hauptamt der Reichsleitung der NSDAP und unterstand KIMMEL in dessen Eigenschaft als Beauftragter. Es wurde geleitet vom Brigadefuehrer CAMEL und setzte sich zusammen aus 4 Sachbearbeitern, von denen je einer aus dem Stabshauptamt, Volkdeutsche Mittelstelle (VomI) dem Reichssicherheitshauptamt und dem Rasse- und Siedlungshauptamt entnommen bzw. abkommandiert war.

Vertreter des Stabshauptamtes war Obersturmfuehrer Dr. HENSE aus Amt I, jetzt in Regensburg.

Vertreter der Volkdeutschen Mittelstelle (VomI) weiss ich nicht

Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes weiss ich auch nicht

Vertreter des Rasse- und Siedlungshauptamtes ein Dr. (der Name faellt mir im Moment nicht ein, aber bis Morgen frueh kann ich ihn erbringen)

110. Fr. Das ist nicht so wichtig, wir haben ja alle diese Herren beiausgen.

111. Fr. Welches war der tatsaechliche Einfluss des Stabshauptamtes in Bezug auf Volkstumfragen?

a. Es war zustaendig fuer die allgemeine menschliche und politische Betreuung und Erziehung wiedereindeutschungsaechtiger Personen im weitesten Sinne. Also soweit es sich um Fragen der Menschenfuehrung handelte.

112. Fr. Hat dieses Hauptamt GERICHTS Vorschriften geben koennen, was er machen muss?

a. Nein. Vorschriften hat dieses Hauptamt dem Stabshauptamt nicht gemacht. Wohl hat es von sich aus im Rahmen seiner eigenen Zuständig-

REDACTED

a. keit Richtlinien herausgegeben, die vom Reichskommissar übernommen und auch den Ausstellen des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums zur Beachtung zugeleitet worden sind.

113. Fr. Das waren Richtlinien zur Niedereindeutigung ?

a. Ja. Abteilung III und IV, Luxemburger, Slowenen, eben alles was sich zur Germanisierung im Reich befand, und das unterlag ja der Menschenfuehrung.

114. Fr. Hat dieses Hauptamt dem Stabschefamt gesagt ihr wisset die Luxemburger und die Elsass-Lothringen abzuwickeln ?

a. Nein, das halt ich fuer unmöglich.

115. Fr. Sie sagen nein, wuerden Sie es gewusst haben, wenn ja ?

a. Ich halte es fuer ausgeschlossen, dass das Hauptamt dem Stabschefamt Anweisungen gegeben hat, Absiedlungen durchzufuehren. Absiedlungen waren Staatsmassnahmen und zum anderen bestand kein Ueberordnungsverhaeltnis.

116. Fr. Kein Befehlsmassstab ?

a. Die Richtlinien die das Hauptamt fuer Volkstumsfragen im Rahmen seiner eigenen Zustaendigkeit ausarbeitete waren fuer das Stabschefamt nicht rechtlich bindend, wohl aber waere es eine politische Unmoeglichkeit gewesen, wenn das Stabschefamt solche Richtlinien die das Hauptamt praktisch im Rahmen ihrer eigenen Zustaendigkeit erlasse, missachtet haette.

117. Fr. Also war die Zustaendigkeit nur begrenzt ?

a. Ja.

118. Fr. Also die Behandlung der Bindeutschungsfahigen der Gruppe III und IV der deutschen Volksliste ?

REKORDIER

A. Ja.

120. Fr. Nun habe ich noch ein paar andere Fragen. Kennen Sie Bruno GÄLKE ?

A. Ja.

121. Fr. Beschreiben Sie mir die Position von GÄLKE.

A. Keine Antwort.

122. Fr. Erinnern Sie sich, dass eine Verflechtung bestand, dass GÄLKE zum Verbindungs-offizier zwischen Stabshauptamt und Haupttreuhandstelle Ost war ?

A. Ja. Bekannt ist mir, dass GÄLKE den Rang eines SS- Standartenführers hatte und ein recht energischer Mann war, der stets mit seinen guten Beziehungen zu HIMMLER herumwarf. Seine Aufgabe war, soviel ich weiss, dafür zu sorgen, dass innerhalb der Haupttreuhandstelle Ost, Gesichtspunkte der Festigung deutscher Volksgruppen Beachtung fanden. Die Aufgabe der HTO war ursprünglich rein finanzieller und wirtschaftlicher Art. Dies wurde bekanntlich des Vierjahresplanes gegründet, mit dem Ziel, die polnische Wirtschaft der deutschen Kriegswirtschaft nutzbar zu machen aber es bestand Gefahr, dass diese Zielsetzung der HTO in Konflikt geriet mit den Siedlungs- und Ansiedlungsprojekten des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums. Deswegen sollte GÄLKE dafür sorgen, dass bei der HTO unter diesen Gesichtspunkten Berücksichtigung ..

Ich glaube er war stark eingeschaltet in den Abruf von Betrieben aus dem Zuständigkeitsbereich fuer den Ansatz von Umsiedlern.

123. Fr. Nachdem er der Verbindungsmann zwischen dem Stabshauptamt III und der DUT auf der einen Seite und der HTO auf der anderen Seite war ?

A. Ja. Er bearbeitete auch noch andere Dinge, wäxx.B. im Rahmen der HTO bei einer Gruppe von Beschlagnahme-fällen die Vorfrage nach der Volks-

RESTRICTED

a. zugehoerigkeit des Betreffenden zweifelhaft war, so unternahm GALKE Versuche diese Volkszugehoerigkeit zu klaeren.

124. Fr. Das war Aufgabe der HTO ?

a. Ja.

125. Fr. Wissen Sie war GALKE Angestellter bei dem Stabshauptamt und nur hergeber-  
geschichte wurde zur HTO ?

a. Ich habe in meiner ganzen Zeit also nach dem 16.1.1940 ihn nie als ange-  
stellten des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums er-  
lebt und kann nicht sagen wie er zur HTO gekommen ist.

126. Fr. Ich meine ob er Angestellter des Stabshauptamtes war oder der HTO ?

a. Das weisse ich nicht.

127. Fr. Die Verfuegung zur Ernennung zum Generalreferenten sagt mir genug.

a. Ja, das kann schon sein, er ist ja auch von oben runter eingesetzt wor-  
den.

128. Fr. Haben Sie die Plaeue hier, die Sie ausarbeiten wollten ?

a. Ja.

Plaeue werden uebergeben.

E n d e .

25-16-17-22

Interrogation

v. 15. x. 44

Institut für Zeitgeschichte

Interrogation Nr. 2154 B



Vernehmung des Kuno W I R S I C H  
am 15.10.1947 von 17.15 bis 19.15 Uhr  
durch Mr. Herbert H. MEYER  
auf Veranlassung von Mr. E. H. SCHWENK, SS-Section.  
Stenographin: Retti Gostz.

1. Fr. Geben Sie bitte Ihren Namen nochmals an.

A. Kuno WIRSICH.

2. Fr. Sie wissen, dass Sie auch heute unter Eid stehen?

A. Jawohl.

3. Fr. Zunächst wollen wir ueber die DUT. und DAS. und das Verhaeltnis zum Stabs-  
hauptamt sprechen.

A. Die Gruendung der DUT. habe ich nicht miterlebt. Es muss entweder vor meinem  
Eintritt in das Stabshauptamt, also vor dem 16. Januar 1940 oder in einer Zeit  
wo ich noch nicht erschöpfenden Einblick hatte, gewesen sein. Ich habe jedoch  
später einmal im Zusammenhange mit Steuerfragen Vorgaenge ueber die Gruendung  
der DUT. gesehen, aus denen mir in Erinnerung ist, dass die DUT. gegrundet  
wurde auf unmittelbare Veranlassung der Dienststelle des Reichskommissars,  
also GRIEFELT, und zwar mit dem Ziel, als eine Art Bankinstitut bei der Durch-  
fuehrung des Vermoegensausgleiches zu fungieren. Unter Vermoegensausgleich ver-  
stand man die EntschaeDIGUNG der Umsiedler fuer das in ihrem Gauland zurueck-  
gelassene Vermoegen, und zwar eine EntschaeDIGUNG nach Moeglichkeit durch Ge-  
waehrung, bzw. Ueberlassung entsprechender Vermoegenswerte im Ansiedlungsge-  
biet (Natural-Restitution). Die DUT. wurde gegrundet als eine mittelbare  
Reichsgesellschaft. Soweit ich mich erinnere, waren waesentliche Geschaeftsan-  
teile entweder direkt in den Haenden des Reichskommissars oder solcher Gesell-

A. schaften, die ihrerseits wiederum eine vollständige oder massgebliche Reichsbeteiligung aufwiesen. Welche Stellen im einzelnen als Grunder fungierten, ist mir jetzt nicht mehr in Erinnerung. Ich glaube, dass eines der Grunderinstitute die Deutsche Reichskreditgesellschaft war. Ohne Rücksicht darauf, in wessen Hände die Geschäftsanteile der DUT. waren ist jedenfalls der Einfluss des Reichskommissars (GREIFELT) auf die DUT. ein absolut umfassender gewesen, sodass die DUT. allgemein als eine Tochtergesellschaft oder gar als eine in Gesellschaftsform gekleidete Abteilung des Reichskommissars angesehen wurde.

4.Fr. Wie ist es mit den Befehlsmöglichkeiten vom Stabshauptamt zur DUT.?

A. In welcher Form die Befehlsmöglichkeiten des Stabshauptamtes in der Satzung der DUT. verankert waren, weiss ich im einzelnen nicht. Ich glaube, dass GREIFELT Vorsitzender des Aufsichtsrates war.

5.Fr. Wie war es praktisch?

A. Aber praktisch war es so, dass die DUT. in allen grundsätzlichen Fragen die Entscheidung des Stabshauptamtes einholte und dessen Weisungen befolgte.

6.Fr. Also ohne Anordnung des Stabshauptamtes konnte die DUT. nichts tun?

A. Sie war eine G.m.b.H., konnte an sich auch arbeiten ohne Weisung des Stabshauptamtes.

7.Fr. Nach aussen, aber nach innen ist es nicht vorgekommen?

A. Im Innenverhältnis war die DUT. absolut von den Weisungen des Reichskommissars abhängig.

8.Fr. Bezw. vom Stabshauptamt?

A. Ja.

9.Fr. Nun die DAG.

A. Die DAG. bestand als eine fuer das ganze Reichsgebiet zugelassene Siedlungsgesellschaft schon mehrere Jahre, vielleicht schon Jahrzehnte vor der Entstehung des Reichskommissars, also vor 1939. Das Aktienkapital oder jedenfalls ein nam-

haftes Aktien-Paket der DAG befand sich soviel ich weiss bis 1939/1940 in den Händen einer Berliner Grossbank (Dresdner Bank?). Meines Wissens ist im Frühjahr 1940 dieses Aktien-Paket durch den Reichskommissar (GRIFFELT), ich vermute hier Stabshauptamt, weil der Titel erst aufkam, erworben wurde und zwar meines Wissens durch Zwischenschaltung der DUT, die also nach aussen hin als neuer Aktionär und meines Wissens Mehrheits-Aktionär in Erscheinung trat.

10. Fr. Wie war die Befehlsgewalt ?

- A. Die Befehlsgewalt des Stabshauptamtes gegenüber der DAG war nicht so stark ausgeprägt wie bei der DUT und zwar vor allem wohl deshalb, weil die DAG als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen auf Grund eines Gesetzes aus 1933 (?) der fachlichen Aufsicht des Reichsernährungsministeriums unterstand, welches bis zur Absetzung von Reichsminister BÄCKE ...

11. Fr. Wann 1941 ?

- A. Etwa bis 1943 in lebhaften Spannungen zum Reichskommissar stand. Auf Grund dieser doppelten Unterstellung der DAG unter die Geschäftsaufsicht des Reichsernährungsministeriums als Fachministerium und andererseits dem kapitalmässig fundierten Einfluss des Reichskommissars (GRIFFELT) hatte die DAG gegenüber dem Reichskommissar eine etwas freiere Stellung als die DUT. Das änderte sich jedoch nachdem BÄCKE, Reichsernährungsminister geworden war und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Reichskommissar und Reichsernährungsministerium hergestellt wurde.

12. Fr. Wie war das Verhältnis DAG nachdem BÄCKE kam ?

- A. Dadurch, dass der Leiter des Amtes IV, Landwirtschaft, Stabshauptamt HIEGE, zugleich Leiter der Abteilung XIII im Ernährungsministerium wurde, war durch die Person von HIEGE der hauptsächlich dem Stabshauptamt angehörende von beiden Behörden aus ein einflussreicher Einfluss auf die DAG gesichert, die dadurch in absolute Weisungsgewalt von Reichskommissar geriet, auch wenn als Weisungsgeber der

Reichsernährungsminister (Abteilung VIII, sprich HIEGE) in Erscheinung trat.

13.Fr. Wann hat HIEGE die Position bekommen ?

A. Nach Ernennung von BÄCKE zum Ernährungsminister wurde HIEGE mit dieser doppelten Funktion versehen.

14.Fr. Sie wissen nicht, ob es Anfang oder Ende 1942 war ?

A. Nein.

15.Fr. Die DAG hat z.B. Ansiedlungen gemacht in der Steiermark.

A. Untersteiermark.

16.Fr. Diese Ansiedlungen sind doch auf Anordnung des Stabshauptamtes geschehen ?

A. Aber ganz sicher.

17.Fr. Woraus wissen Sie es so genau, haben Sie die Anordnung gesehen ?

A. Mir ist es vermutlich aus Amtschef-Besprechungen bekannt.

18.Fr. Die Aussiedlung in Jugoslawien ist gemacht worden im Herbst 1941 bis ungefähr Herbst 1942. Einen Teil hatte die DAG und einen anderen Teil die Ansiedlungsstelle.

A. Soviel ich weiss hatte die DAG in Untersteiermark die Zwischenwirtschaft zu führen, ähnlich wie Reichsland.

19.Fr. Sie sagen, das Verhältnis zur DAG hat sich damals geändert. Wie kann man das rekonstruieren. War auch das Verhältnis des Stabshauptamtes bezüglich Ansiedlung auf die DAG ausschlaggebend ?

A. Ich bin über die Zusammenarbeit nicht genau unterrichtet, das war Zuständigkeit von Amt IV HIEGE. Vorallen kenne ich nicht den internen Einfluss so genau.

20.Fr. Sie sagten, dass die Ansiedlung in der Untersteiermark nur auf Anordnung des Stabshauptamtes geschehen sein kann. Sie können sich nicht vorstellen, dass z.B. das Ernährungsministerium solche Anordnungen gegeben hat ?

A. Nein, ich halte es fuer ausgeschlossen, dass das Ernährungsministerium der DAG eine Weisung geben konnte.

21.F. Schon zu DARRE's Zeiten ?

A. Er widersprach allem was vom Reichskommissar kam.

22.F. Das eigentliche Zerwürfnis von DARRE hat ja schon 1940 angefangen.

A. Ja. - Ich kann nicht sagen, wann DARRE angefangen hat zu wackeln, aber die Spannung zwischen HIMMLER und DARRE war im Fruchjahr 1940 als ich hinkam in voller Blüte, sie schrieben sich unglaubliche Briefe in der Form: Lieber Richard und lieber Heini. Zum Beispiel ein Brief lautet ungefähr von DARRE an HIMMLER : Lieber Heini, dass Du Dich neuerdings auch mit Siedlung befasst, übersende ich Dir der Einfachheit halber einen Abdruck des Reichsgesetzblattes vom Juli 1939, herzlichst Dein Richard.

23.F. Was hat so ein Mann wie DARRE ausgemacht zur Zeit als er noch da war, bei der Landübernahme in Polen, wissen Sie etwas darüber ?

A. Bienenlich genau, das Reichsernährungsministerium sass auf dem Wege ueber die Ostland G.m.b.H. praktisch auf Grund und Boden drauf und konnte dadurch die Ansiedler- und Umsiedler- Bewerber steuern, wie es wollte. Der Reichskommissar war in der Rolle des Bittenden, der ueber die oertlichen Instanzen versuchen musste und die Zwistigkeiten zwischen DARRE und HIMMLER wirkten sich also auf die Ansiedlungstaetigkeit sehr laehmend aus.

24.F. Sie koennen sich also zum Beispiel nur vorstellen, dass die DAG betreffs der Ansiedlung ausschliesslich Anordnungen bekommen hat vom Stabshauptamt, z.B. betr. Ansiedlung in Untersteiermark.

A. Im Gegenteil ich moechte nicht annehmen, dass die DAG solche Ansiedlungsmassnahmen durchgefuehrt hatte, nur auf Weisung des Ernährungsministeriums.

25.F. Erinnern Sie sich an solche Vorgaenge ?

A. Nein, solche Vorgaenge glaube ich nicht gesehen zu haben.

26.F. Wo ist HIEGE ?

A. HIEGE soll leben, ich weiss nicht wo, es laufen die tollsten Gerueschte, er

ell im Osttal gefangen genommen worden sein, dann ins Lazarett nach Innsbruck gekommen sein, dann ausgebrochen sein.

27.Fr. Wer weiss ueber das Verhaeltnis DAG zum Stabshauptamt genau Bescheid ?

A. FIEDLER, er war praktisch der junge Mann von HIERSE, der gleichzeitig im Erziehungsministerium und beim Stabshauptamt sass.

28.Fr. Wissen Sie sonst ueber die Arbeit der DAG, was hat die DAG noch aktiv gearbeitet ?

A. Bei der Ansiedlung von Suedtirolern, im Sudetengau und vielleicht auch im Protektorat, ueberhaupt hatte die DAG weitgehende Zwischenwirtschaften bei landwirtschaftlichen Grundstuecken in der Ostmark.

29.Fr. Die mussten genau so gearbeitet haben, wie die Ansiedlungsstaebe ?

A. Das glaube ich wohl, aber nur in gewissen Gebieten.

30.Fr. Ein Teil im heutigen Jugoslawien war ein Ansiedlungstab unter HINTER.

A. Nein, das glaube ich nicht, ich glaube eher, dass HINTER Chef eines Aus-siedlungskommandos war.

31.Fr. Welcher Dienststelle hat HINTER angehoeert ?

A. Chef des Amtes II im Stabshauptamt.

32.Fr. Auch waehrend der Zeit wo er da unten war ?

A. Vor- und nachher.

33.Fr. War ein neuer Chef waehrend der Zeit ?

A. Das kann ich nicht genau sagen, wenn ich erfuehr von dieser Einschaltung HINTER erst nachher.

34.Fr. HINTER war Chef von dem was Sie Aus-siedlungstab nennen ?

A. Ja.

35.Fr. Er hat auf Schloss Reichenberg gesessen ?

A. Ja.

36.Fr. Dem unterstand die Aus-siedlung, welches Gebiet war das ?

A. Meiner Meinung nach der Teil der Untersteiermark, in dem die Volksdeutschen aus der GOTSCHA angesiedelt werden sollten, BANNER-Dreieck.

37.Fr. Da ging es also weiter als in Polen ?

A. Wenn meine Informationen richtig sind, dass HINTER mit einigen Personen des Stabshauptamtes dort unten war, dann ging dort der Einfluss des Stabshauptamtes auf die Aussiedlung zweifellos weiter, als im Osten, wo die Aussiedlung ja gelenkt wurde von der UWE.

38.Fr. Ich denke, die hat nur geprüfelt, die Arbeitssache haben das gemacht ?

A. Das sind Dinge, die ich in dieser erschöpfenden Form jetzt erst höre.

39.Fr. Wer wies von der Tätigkeit HINTER in diesem Gebiet ? Kennen Sie KURZE oder KURZE ?

A. Nein, meines Wissens waren dort unten noch PETRI und KILB.

40.Fr. Wo sind die ?

A. Ich habe von beiden nichts mehr gehört, seit etwa 1943, dann beide waren schon nicht mehr in Schweikelsberg.

41.Fr. Das ist nicht der Leo PETRI ?

A. Nein, PETRI hatte allenfalls den Dienstgrad eines Hauptsturmführers und war vorher irgend wo Bürgermeister, den Vornamen weis ich nicht. KILB war auch ein Mitarbeiter von HINTER im Amt II. Ich glaube wohl, dass beide mit unten waren in Reichenberg. Etwas anderes. Der Chauffeur von dem ich das überhaupt alles erfahren habe, Erich DIETZ, sitzt hier in Buerberg Langwasser, SS-Scharführer Erich DIETZ. Ich war im Sommer 1946 in Langwasser und da war er noch da, Juni, August 1946.

42.Fr. Da unten bei der Aussiedlung soll es ziemlich hergegangen sein ?

A. In Einzelheiten weis ich es nicht, aber ich kann mir schon vorstellen, dass HINTER ziemlich gewaltig war.

43.Fr. War er gewalttätig ?

A. Ein Mann von etwa 3 Str., früherer Landarbeiter, der Inbegriff eines Stiers.

44.Fr. Sein Rang ?

- A. SS-Brigadeführer, Mitglied des Reichstages, Träger des Goldenen Parteiabzeichens, Typ des Alten Kämpfers, soff kolossal.
45. Fr. Wer hat direkt den Aussiedlungstab gehabt ?
- A. Wie es organisiert war, weise ich nicht.
46. Fr. Also es waren zwei verschiedene Sachen.
- A. Nein, ich schätze, dass man dort die Aussiedlung mit der Ansiedlung gekuppelt hat.
47. Fr. Aussiedlungstab gab es doch sonst nicht, aber dort sicherlich ?
- A. Das ist denkbar, denn ich kann mir nicht HINTER bei der Ansiedlung vorstellen und zwar deshalb, weil ich aus vielen Erzählungen von HINTER, weisse, dass in Harburg ein Ansiedlungstab bestand, den HINTER fuer vorbildlich organisiert hielt. In diesem Ansiedlungstab waren nahe zu sämtliche Beherden des Gebietes vertreten, so dass Reibungen moeglichst ausgeschaltet waren.
48. Fr. Haben Sie von Major HILWADE gehoert ?
- A. Nein, ich kann mich nicht erinnern. Man kann solche Fragen schlecht klar versetzen.
49. Fr. Der andere soll KUNZE oder KUNZE geheissen haben.
- A. Ich kann mich nicht erinnern, diesen Namen je gehoert zu haben.
50. Fr. Haben Sie MEIER-HEIBITSCH mal gehoert ?
- A. Kenne ich persoenlich. Ein alt eingewesener Mann aus Kaernten, Klagenfurt, war Stabschef der Dienststelle des Beauftragten des Reichskommissars in Klagenfurt/Kaernten. Beauftragter des Reichskommissars in diesem Bau war Gauleiter REINE, und dessen Stabschef und Leiter der Dienststelle des Beauftragten war der fruhere Major MEIER-HEIBITSCH. Ich kenne ihn nur als sogenannten Kaernter-Freiheitskämpfer.
51. Fr. Haben Sie von Barkfeld mal gehoert ?
- A. Kenne ich.

52. Fr. Ist Ihnen da keine Erinnerung, Dokument wird vorgelesen ?

A. Die Umsiedlung der GIESCHER-Deutschen war ein ausgesprochenes Harrenspiel.

53. Fr. Da waren zwei verschiedene Staebe - Dokument wird vorgelesen -.

A. Diese ganze Aussiedlung hat den unerhoerten Vorteil gehabt, dass slowenische Volk zu aktiven Widerstandskampfern zu machen.

54. Fr. Glauben Sie, wenn wir mal zusammen sprechen, mit diesem Wachtmeister, dass wir Einblick gewinnen koennten ?

A. Ich verstehe nicht genug davon, ich war nur ein- oder zweimal in Marburg-Stadt.

55. Fr. Haben Sie mal gehoert, von einigen besser situierten Leuten, die noch nicht ausgesiedelt waren, dass man um diese schnell los zu werden, einfach gesagt hat, sie waeren Partisanen-Angehoerige ?

A. Ich habe es nicht gehoert, aber ich halte es fuer denkbar, denn in diesem Gebiet hat eine ausserordentliche Korruption stattgefunden, da hat auch ein Prozess stattgefunden. Die Schiebungen um den Slowenen weggenommen Besitz, waren betragsichtlich.

56. Fr. Die Hoeheren SS- und Polizeifuehrer waren in diesem Falle bei der Ansiedlung, Vertreter des Reichskommissars, also KEINE.

A. Er war in Kärnten. Hier bei dieser Aussiedlung von Slowenen in der Gegend von BÄBL, handelte es sich um die Stedmarks Der Hoehere SS- und Polizeifuehrer war ein Obergruppenfuehrer ROESCHER. Beauftragter in der Steiersmark war Gauleiter WEISSHARTER, er war auch Chef der Zivilverwaltung in der Untersteiermark.

57. Fr. Haben Sie von einem Hauptmann WILHEM gehoert, Schwiegersohn von Oberbuergermeister LIEBEL.

A. Auch an diesen Namen, kann ich mich nicht erinnern.

58. Fr. Haben Sie den Namen WEINKHEDER gehoert, Gestapo-Chef ? Hauptmann SCHMIDT ?

- A. Nein, auch diese kenne ich nicht.
59. Fr. Ist Ihnen bekannt, dass es zu Zusammenstößen gekommen ist, bei der Aussiedlung oder dass Leute umgelegt werden mussten, um das Programm auszuführen?
- A. Das habe ich nicht gehört, wohl aber, dass die Partisanen-Tätigkeit bald nach der Aussiedlung lebhaft wurde.
60. Fr. Hier habe ich Aufnahmen von der Aussiedlung in Jugoslawien, haben Sie etwas gehört von dem Import von jugoslawischen Kindern?
- A. Nein.
61. Fr. Wie Kinder der Partisanen?
- A. Nie, gehört.
62. Fr. Der Transport ist nach Frohnleiten gegangen, das war ein Lager der Wehr.
- A. Das weiss ich nicht.
63. Fr. Ueber den ganzen Komplex von Kindern haben Sie wenig Ahnung?
- A. Ja, ich kenne alle diese Dinge immer nur von Hörensagen und vermutlich hat man ueber diese besondere gemeinen Dinge nicht allzu viel gesagt.
64. Fr. Da waren auch Anordnungen des Stabshauptamtes, 67/I.
- A. Ich sagte gestern schon, ich denke, dass es Collditz gemacht hat, er war Jurist.
65. Fr. Wo ist er?
- A. Keine Ahnung. Zu einer Zeit, als ich noch in Berlin sass, also vor dem Dezember 1943, kam unter den vielen Briefen von Gesuchstellern, die sehr häufig bei mir zugeleitet wurden, weil die Zuständigkeit unklar war, ein Brief in Händen, in dem eine Frau oder ein Mann aus Posen sich in der ergreifendsten Art und Weise darueber beklagte, dass ein Pflegekind, was viele Jahre in ihrem Hause gewesen war, ihnen polizeilich von irgend jemand, ich glaube SS weggeholt wurde, weil es blond und haebsch war, und nunmehr zum Deutschen gemacht werden sollte. Ich habe, wie ich mich mit Sicherheit erinnere, wegen

dieses Briefes den Hauptsturmführer HARDS im Rasse- und Siedlungsamt angerufen und gefragt, ob er damit zu tun hätte. Ich hielt das fuer eine riesen Gemeinheit, damit koennte man sich bestimmt keine Freunde machen. Er sagte, die Dinge gingen nur Sie an, ich sollte den Brief ruher schicken.

66. Fr. HARDS war welches Amt ?

A. Mitarbeiter von Prof. E.K. SCHULI im Rassenamt des Rasse- und Siedlungshauptamtes.

67. Fr. Haben Sie das GREIFELT oder was vorgetragen ?

A. Ich halte das fuer wahrscheinlich, denn gerade solche Dinge habe ich eigentlich regelmässig GREIFELT vorgetragen.

68. Fr. Kennen Sie eine Aeusserung von GREIFELT ?

A. Ich kann es in dem Falle nicht sagen, aber allgemein zeigte GREIFELT in solchen Faellen auch Zeichen von Misbilligungen aber er lehnte es ab, irgendwie auch nur mit einem Wort Kritik daran zu ueben, was andere taten.

69. Fr. Es war ja seine Anordnung ueber den ganzen Kinder-Komplex, wissen Sie das nicht ?

A. Diese Sache, das war der einzige Fall der kolossal auffiess.

70. Fr. Diese Vermögensgeschichte haben wir gestern nicht ganz fertig gemacht.

Kunstgegenstaende, Museum, Kirchen-Sachen, die wurden doch zu Gunsten des Reichskommissars beschlagnahmt. Sind die auf Anordnung des Stadthauptamtes Akmenerbe gegeben worden ?

A. Das weiss ich auch nicht, weil die Aktion schon im Dezember 1939 anlief.

71. Fr. Die ist aber staendig weiter gegangen, waehrend der ganzen Jahre ?

A. Ich habe spaeter etwas gehoert von einem Ausfuhrverbot, was GREISER fuer seinen Gen erliess, bezueglich Kunstgegenstaende, ich glaube, dass die Gegenstaende dem Kaiser-Friedrich-Museum zugefuehrt werden sollten. Was das fuer ein Vorgang war, von wem er aufgestellt wurde und in welchen Zusammenhang er zur Sprache kam, weiss ich nicht.

72.Fr. Das Stabshauptamt war dafür zuständig ?

A. Gewiss, oder Ahnenerbe.

73.Fr. Zu Gunsten des Reichskommissars. Erinnern Sie sich auf Korrespondenz von Ahnenerbe ?

A. Nein, ich wusste auch nicht, wer diese Sache im Hause bearbeitet haben sollte, ausser WALTER, der die Abt. Kultur hatte. Diese Abteilung ist aber eingeschlafen. Sie trat praktisch nicht mehr in Erscheinung. Von einem Dezernat Kultur habe ich nach WALTER's Tod nichts mehr gehört.

74.Fr. Bei der Aussiedlung die vorgenommen wurde im Warthegau sind die Leute erst ins Generalgouvernement gekommen und die Juden ins Ghetto.

A. Ich weiss nicht, ich habe erzählen gehört, dass man z.B. Transporte von Ausgesiedelten kurzer Hand in eine Stadt des Generalgouvernements gefahren hat, dass die ausgesiedelten auf dem Bahnhofsvorplatz ausgeladen wurden und den Befehl bekamen, binnen zwei Minuten vom Platz zu verschwinden und sie verstreuten sich in die Seitenstrassen und damit war die Aussiedlung beendet.

75.Fr. Ist mit den Juden dasselbe gemacht worden, oder sind die ins Ghetto gekommen.

A. Ich weiss nicht, ich glaube, dass die Juden aus den sogenannten eingegliederten Ostgebieten bereits bei der ersten grossen Aussiedlungswelle im Winter 1939/1940 ausgesiedelt wurden.

76.Fr. Nicht in allen Gebieten ? Wo war z.B. RACHKELEWSKI ?

A. Zunächst Koscherer SS- und Polizeiführer in Breslau.

77.Fr. Das war teilweise auch polnisches Gebiet, da ist auch angesiedelt worden, da waren die Juden noch nicht alle weg, z.B. die Handwerker, Schneider, Schreiner ?

A. Ich kann es nicht sagen, aber ich halte es fuer unwahrscheinlich.

78.Fr. Wieso ?

A. Ich habe entweder gelesen, oder gehört, dass bereits bei der allerersten

Aussiedlungswelle als erstes die Juden kamen.

4.Fr. In den Städten, aber nicht auf dem Land. Ueber die Finanzierungs-Angelegenheit, dass der Lebensborn zum groessten Teil vom Stabschefamt finanziert wurde, wissen Sie nichts ?

A. Das weiss ich nicht, das ist mir neu.

50.Fr. Das 3 Mill. oder so ungefaehr gezahlt wurden ?

A. Das wundert mich nicht, denn der Reichskommissar hatte Befugnis, nach Ziffer 5 oder 6, des Fuehrererlasses ueber die Festigung Deutschen Volkstums unbeschaenkt, bei HIMMLER anzusfordern und HIMMLER finanzierte brennend gern ueber den Reichskommissar. Diese Ziffer lautete : Die benoetigten Mittel stellt der Reichsminister der Finanzen zur Verfuegung. Das bedeutete, dass der Reichskommissar unabhangig war, deswegen konnte HIMMLER ueber den Reichskommissar Dinge finanzieren, fuer die er sonst kein Geld hatte. Zum Beispiel hatte er einen Splend, denn er ist mit einem Erfinder in Verbindung gekommen, der so etwas schulisches wie ein PERPETUUM-MOBILE erfinden wollte und ich glaube, dass da der Reichskommissar ungefaehr 1 Mill. dafuer ausgegeben hat.

51.Fr. Sie wussten nicht, dass der Lebensborn Briefpapier vom Reichskommissar benutzte ?

A. Ich hoere es zum ersten Mal.

52.Fr. In Ihrem Organisationsplan ist der Lebensborn enthalten, das hat Ihnen Hr. SCHENK gestern gezeigt ?

A. Das war ein Anschriftenverzeichnis, aber ich habe nie gehoert, dass der Lebensborn vom Reichskommissar finanziert wurde. Ich habe auch nicht alles gewusst, obwohl ich recht neugierig war.

53.Fr. Dass bei der Aussiedlung in Elsass-Lothringen der Reichskommissar beteiligt war, Ant 1 ?

A. Ich weiss nur, dass die Aussiedlung in Elsass-Lothringen und Luxemburg ein fortgesetzter Streitpunkt war zwischen STIER und BRILLO, die sich gegenseitig

er verantwortlich machten, dass immer der andere die Aussiedlung hervorgerufen hatte. Die Lösung die ich fuer glaubhaft halte war die, dass die Initiative beim Chef der Zivilverwaltung lag.

84.Fr. Sie haben nie gewusst, dass das Stabshauptamt bei Planung beteiligt und zugegen war, also bevor die Aussiedlung angefangen hat ?

A. Nein, das nicht, aber ich weiss, dass das Stabshauptamt immer in diesen Dingen eingeschaltet wurde und zwar wegen des Vermoegensausgleiches, den die abgesiedelten bekommen sollten und wegen der Unterbringung der Abgesiedelten im Altreich. Beteiligt war der Reichskommissar schon aus diesem Grunde.

85.Fr. Sie wissen nicht in welchem Stadium ?

A. Nein, denn diese Sache Vermoegensausgleich war Zuständigkeit von Amt III, die Unterbringung im Reich von Amt II und eine etwaige Initiative zur Aussiedlung kannte Amt I gewesen sein.

86.Fr. Ueber die Ansiedlung in Oberschlesien muessen Sie doch eigentlich ziemlich gut Bescheid wissen ? Kennen Sie Obersturmbannfuhrer Friedrich BRENN ?

A. Ja.

87.Fr. Von der VOMI ?

A. Nein, er war meines Wissens Stabsfuhrer der Dienststelle des Beauftragten des Reichskommissars, also unterstand dem Stabshauptamt.

88.Fr. Er hat doch mit Ihnen korrespondiert ueber die Beschlagnahme von Kirchengebäuden ?

A. Ja, das ist der Vorgang wegen der 14 Pfarrhoeefe dort unten, ueber den ich bereits vorgestern gesprochen habe.

89.Fr. Ist das Zeug nicht abgenommen worden dort ?

A. Damals wurden Pfarrhoeefe, also landwirtschaftliche Grundstuecke die zur Kirche gehoerten mit Umsiedlern besetzt.

90.Fr. Das ist durchgefuehrt worden ?

A. Ja, und sollte nachher rueckgaengig gemacht werden.

91.Fr. Es ist aber nicht gemacht worden ?

A. In Einzelfällen. Ueber die abschliessende Regelung weisse ich nichts mehr, jedoch fuhr GRUBERT persönlich hinunter nach Kattowitz, um den Sachbearbeiter zu vernahmen und evtl. zu bestrafen.

92. Fr. Wir wollen noch einmal der Reihe nach alle Leute durchgehen und die Positionen: Die Position von GRUBERT im Rahmen der Umsiedlung?

A. GRUBERT war, wie ich später hoerte seit dem HITLER/Mussolini-Abkommen ueber die Brenner-Grenze Leiter der Leitstelle fuer die Umsiedlung Sud-Tirol in Berlin, Kurfuerstendamm, also seit ungefaehr Juni 1939. Er wurde sodann, nachdem HINDELANG Reichskommissar geworden war, Chef der Dienststelle Reichskommissar fuer die Festigung Deutschen Volkstums an Kurfuerstendamm und ungefaehr 1941, Chef des Stabshauptamtes. Meines Wissens gleichzeitig mit seiner Ernennung zum Chef des neu errichteten Stabshauptamtes, erhielt er die Befugnis zu zeichnen: Der Reichskommissar i.V. Dieses Recht hatte soviel ich weiss, ausser ihm, keiner der anderen Hauptamtscheffe. Er hatte dem gemass nach aussen-hin eine weitergehende Vertretungsbefugnis in den Geschaeften des Reichskommissars als die anderen Hauptamtscheffe. Ob er jedoch im Innenverhaeltnis nach dem von HINDELANG erteilten Weisungen berechtigt war, den anderen Hauptamtscheffen gegenueber, Weisungen zu erteilen, glaube ich nicht. Auf jeden Fall konnte er als 1935- Parteigenosse ...

93. Fr. Deswegen hat er doch unterschrieben i.V.

A. Er hat jedoch wiederholt von seiner Befugnis Gebrauch gemacht und fuer HINDELANG als Reichskommissar i.V. gezeichnet.

94. Fr. Wenn er nicht durchkommen konnte, hat er unterschrieben i.V. GRUBERT.

A. Nein, Weisungen an die anderen Hauptaemter ohne vorheriger Pachtungsnahme konnte er nicht reskieren und ich glaube auch nicht, dass GRUBERT, der ein vorsichtiger Mann war, das jemals getan hat.

95. Fr. Im Einvernehmen?

das halte ich fuer wahrscheinlich, dass nach einer vorausgegangenen Abstimmung zumindest der Sachbearbeiter GRUBITZ i.V. von HIMMLER, Weisungen an alle moeglichen Dienststellen herausgegeben hat. Bei ganz pressigen Sachen kam es vor, dass HIMMLER die Unterzeichnung ablehnte und GRUBITZ einen noch niedrigen unterschreiben liess, um eines Tages nach aussen hin gedeckt da stehen.

96. Fr. Brinnern Sie sich an Sachen, wo HIMMLER ablehnte ?

A. Ja und zwar nach dem ROSENBERG, Getminister geworden ist, versuchte HIMMLER auch in Russland Dienststellen als Reichskommissar zu errichten. Es war damals zweifelhaft, ob der Fuehrer-Erlass vom 7.10.1939 ueber die Festigung Deutschen Volkstums auch in den besetzten russ. Gebieten galt. Infolgedessen wurde ein Versuchsballon gestartet und zwar schickte der Reichskommissar an den Reichskommissar LOHM oder einige Gebietskommissare Schreiben in denen diese zu Untergehung von ROSENBERG ernannt wurden. Da man nicht wusste, wie die betreffenden Maenner auf diese Ernennung reagieren wurden, wurden diese Ernennungsschreiben nicht von HIMMLER selbst, sondern nur von GRUBITZ unterschrieben, damit HIMMLER ohne prestigege Verluste sich bei einem Widerspruch von ROSENBERG auch zurueckziehen konnte.

97. Fr. Also hat GRUBITZ unterschrieben ?

A. Ich weiss nicht, ob es gut gegangen ist.

98. Fr. Brinnern Sie sich noch an solche Sachen ?

A. Im einzelnen nicht, aber soviel ist klar, wenn ich vorher gesagt habe, in brennigen Fragen, handelte es sich um Faelle in denen um den Machtkampf der NS-Orgassen untereinander und das Intrigenspiel der Einzelmastandigkeiten und Machtpositionen ging. In solchen Faellen schickte HIMMLER seine jungen Maenner vor, bevor er sich selbst hinein begab.

99. Fr. Wie war die Zusammenarbeit zwischen Stabskaptaen und HTO ?

A. Ich selbst bin in diesem Zusammenhang eingeschaltet gewesen bei einer Abgrenzung der Mastandigkeiten, im Rahmen des Paragraphen 10 (7), der Polen-

Vermögensverordnung. Nach diesem Paragraph war der Reichskommissar nur zuständig bei Beschlagnahme von landwirtschaftlichen Grundstücken und die HTO im übrigen.

100.Fr. Es waren lediglich Treuhänder ?

A. Das sind andere Dinge. Ich kenne die Rangordnung nicht so genau, das sind Spezialisten von Amt III, bei dieser Zuständigkeitsbegrenzung ging es um Streitobjekte, z.B. ob eine Gärtnerei, Landwirtschaft ist oder gewerblich.

101.Fr. Wer hat gewonnen ?

A. Verschieden.

102.Fr. Sind nicht häufig Geschenke gemacht worden, durch das Stabshauptamt an höhere Parteipersonallichkeiten ?

A. Dotationen wurden in einer auf Entscheidung von HITLER oder HIMMLER oder sonstiger grosser Herren gewährt. Das Stabshauptamt, vor allem HIRSE, der ein ausgesprochener Siedlungsfanatiker war, stand solchen Dotationen ausserst ablehnend gegenüber. Innerhalb es gibt eine Reihe von Fällen, wo Dotationen gewährt wurden. Das Stabshauptamt selbst durfte das nicht riskieren.

103.Fr. Wie ist es mit CREUTZ, er war Stellvertreter von GREIFELT, aber nicht reichnungsberechtigt wie GREIFELT.

A. CREUTZ war berechtigt fuer GREIFELT zu zeichnen: Der Chef des Stabshauptamtes i.V. CREUTZ, Brigadefuehrer.

104.Fr. Er war gewissermassen Vorgesetzter ?

A. Er war stellvertretender Chef des Stabshauptamtes.

105.Fr. Gleichzeitig war er Leiter des Zentralamtes ?

A. Ja.

106.Fr. Wie war der Einfluss von CREUTZ auf Amt I und II, was ursprünglich Antagruppe A war.

A. Antagruppe A war CREUTZ ?

wiss nicht, also der sachliche Einfluss von CREUTZ auf die Sachbearbeitung im Hause war ausserordentlich gering. Ich bin der Ueberzeugung, dass CREUTZ sachlich schlechter informiert war, als der durchschnittliche Amtschef, weil er als Einzelner kein Arbeitsgebiet hatte. Er hatte ausgesprochenen Einblick auf die sachlichen Vorgaenge nur auf drei Wegen naemlich : wenn CREIFELT ihn unterrichtete oder auf Grund von Amtschefs-Besprechungen oder in Vertretungsperioden.

107.Fr. CREIFELT war zeitweises lange abwesend ?

A. CREIFELT war irgend wann mal 1942 oder 1943 mehrere Monate weg.

108.Fr. Sonst allgemein ?

A. Sonst fuhrte er gelegentlich Reisen durch, die laengere Zeit dauerten, aber auf einen laengeren Urlaub, kann ich mich nur in diesem Fall erinnern.

109.Fr. Es sind aber eine ganze Reihe von Erlassen durch CREUTZ unterschrieben worden ?

A. Das glaube ich. CREUTZ war ein nicht sehr aktiver Mensch, waehrend CREIFELT von Haus aus, misstrauisch war und in jeden Winkel des Hauses hineinstierte, war CREUTZ relativ gleichgueltig und vertrauensselig und unterschrieb, was ihm vorgelegt wurde.

110.Fr. CREUTZ hat doch Organisationsplaene ausgearbeitet ?

A. Ja.

111.Fr. Zu dem Zwecke musste er doch ueber die Arbeitsgebiete orientiert sein ?

A. Bei solchen Einzelgeschaeften ging er herum und fragte.

112.Fr. Man kann sagen, dass er ueber das Arbeitsgebiet des Stabshauptamtes gut orientiert war ?

A. Zweifellos, aber in der Sachbearbeitung steckte er weniger drin als andere, teilweise auch, weil er zu gleichgueltig war.

113.Fr. MEYER-HEHLING spielte eine ziemlich dominierende Rolle.

A. Ich kenne ihn nur als MEYER, er war ein ausgesprochen aktiver und ehrgeizige Persoenlichkeit, er spielte auch in den Amtschef-Besprechungen eine sehr grosse

se Rolle, pflegte sehr viel vorzutragen und sich sehr in den Vordergrund zu schoben, vor allem wirkte er als Ideolog, was GRIFFELT, z.B. nicht war. GRIFFELT war ein Taktiker, der es meistens mit dem gesunden Menschenverstand machte, während MEYER versuchte auf die Ideen HIMMLER's einzugehen und möglichst entgegenzukommen, also ein Mann der grossen Sprachschöpfungen.

114.Fr. MEYER hat auch die Planung der Ausstellungen gemacht ?

A. Das ist ein Urteil, was man da aussprechen soll, ich kann nur sagen, die Ansicht im Hause war die, dass das Planungsbüro von früh bis abends Papier voll schrieb, aber von der praktischen Arbeit nichts verstand.

115.Fr. Die Planungen sind zum grössten Teil durchgeführt worden ?

A. Was an Planungsgrundsätzen herausgegeben wurde, da ist eine Anordnung VII/2 über den landlichen Aufbau in den eingegliederten Ostgebieten, wo in einzelnen ausgewalt wurde, wie in späterer Zeit einmal die Hoerfer und Gemeinden aussehen sollten.

116.Fr. Kennen Sie Sachen, die durchgeführt wurden.

A. Nein, praktisch scheiterte alles daran, dass Krieg war.

117.Fr. MEYER war eine zeitlang, Leiter des Zentralbodenamtes.

A. Das war ihm unterstellt, in seiner Eigenschaft als Chef der Antegruppe. Es bestand ein starker persönlicher Gegensatz zwischen MEYER und HIEGE. HIEGE war der alte Siedlungspraktiker, der als Chef des Amtes Landwirtschaft, praktische Aufgaben hatte, während MEYER Theoretiker war und beides stimmten nicht überein und MEYER, begrassete es offensichtlich, sachlichen Einfluss auf die ihm nebensgeordneten Amter zu nehmen, vor allem Zentralbodenamt, was mit einem sehr unaktiven Mann besetzt war, nämlich MUNDT. Ich halte es fuer denkbar, dass MEYER als einziger Antegruppenchef diese papierene Stellung hatte.

118.Fr. Wissen Sie es nicht praktisch ?

A. Ich kenne keine Einzelheiten, das müsste FIEDLER wissen.

119.Fr. Wer war BAUTEN ?

Ein Oberstabsbefehlshaber HOKEL von dem man kaum etwas sah und hörte.

120. Fr. Bei den Besprechungen hat MEYER mehr oder weniger die Interessen dieser drei Gruppen nach oben hin wahr genommen.

A. Das möchte ich nicht sagen. Jedenfalls war bei den Antagruppenschefts-Besprechungen neben MEYER immer ein Vertreter vom Zentralbodenamt und Bauten, anwesend, der in den Sachen vortrug, aber MEYER griff bei diesen Verträgen dieser Herren immer ein.

121. Fr. SCHWARZENBERGER war gleichzeitig Verwaltungsführer der VOMI ?

A. Ja.

122. Fr. Wie hat sich das ausgewirkt ?

A. Darüber weisse ich fast nichts. Wie es technisch gegangen ist, ist mir vollständig rätselhaft, schon deshalb, weil er immer bei uns im Hause sass.

123. Fr. Er hat Reisen gemacht nach dem Warthegau ?

A. Wahrscheinlich. Ich glaube unter den vielen Erlassen, Belegen und Akten, die nach 1945 in der Turnhalle in Scheibitzberg herumlagen, auch zahlreiche Abrechnungsbelege der Vomi gesehen zu haben.

124. Fr. Wissen Sie von den Zollbeamten, die bei der Aussiedlung zugegen waren ?

A. Nein.

125. Fr. Wissen Sie sonst weiter die Arbeiten von SCHWARZENBERGER im Rahmen der Ghetto-Aktion ?

A. Das habe ich vorgestern gesagt, dass ich aus der einen Antschests-Besprechung weisse, dass vom Ghetto Moschel von Litzmannstadt etwas vorgetragen wurde. Ich kenne den Vorgang, aber ich kann heute nicht mehr sagen, wer es gemacht hat.

126. Fr. Hat die Vomi in Untersteiermark Lager gehabt, Reichenberg oder Ellid ?

A. Das weisse ich nicht.

127. Fr. Wann hat die Vomi die Aussiedlung aufgegriffen, zwecks Transporte ?

A. Ich weisse nicht, ob die Vomi überhaupt etwas mit Transporten von Aussiedlern zu tun hatte. Ich kenne die Vomi nur als eingeschaltet in die Umsiedlung in Gepacktsachen.

128.Fr. Haben Sie gehoert, dass ein Teil dieser ausgesiedelten Slowen  
ausgerissen sind ?

A. Nein, aber ich kann es mir lebhaft vorstellen. Ich erinnere mich  
besonderes Lager gab in Wuerttemberg, was wohl urspruenglich  
gewesen war fuer Umsiedler und was dann von der Vomi uebergeben  
Hoheren SS- und Polizeifuehrer als Beauftragten und speziell zur  
Absiedlern bestimmt war. Das unterstand dann nicht mehr der Vomi,  
glaube, dass die Vomi mit Absiedlern nichts mehr zu tun hatte.

129.Fr. Haben Sie von Schloss Langenzell gehoert ?

A. Nein.

130.Fr. Was war das Arbeitsgebiet von BRUCKNER ?

A. Ich habe in die innere Organisation der Vomi nie Einblick gewonnen,  
BRUCKNER habe ich ziemlich viel zu tun gehabt und zwar, trafen wir  
haeufig bei Sitzungen ueber alle moeglichen Volkstumsfragen vorallem  
bei den Dingen, die irgendwie Zusammenhingen mit den Volksdeutschen aus  
land, z.B. deutsche Volksliste Ukrainer und solche Dinge.

131.Fr. Ueber das Amt fuer Volkstum der NSDAP haben wir gestern schon gesprochen

A. Ja.

132.Fr. Was wissen Sie ueber das naechere Aufgabengebiet der Betreuung von Volksdeu  
schen ?

A. Da weiss ich nur noch das aus Sitzungen, dass BRUCKNER auftrat, zu Gunsten  
von Stellen der voelkischen Schutzarbeit. Was die Stellen bedeuteten, weiss  
ich nicht, aber in Erinnerung ist mir, dass BRUCKNER diese Dienststellen fuer  
voelkische Schutzarbeit einfuehren wollte in die Betreuung der abgesiedelten  
und einzudeutschenden Elemente; und dass er in dieser Frage sich nachher einig  
te, weiss ich nicht genau, mit dem Hauptamt fuer Volkstumsfragen der Partei,  
so dass nachher eine Zustaendigkeitsabteuerung mit dem Ausstellen ...

133.Fr. Wer war verantwortlich fuer die A-Faelle ?

4 war einer der ewig unstrittenen Punkte zwischen Vomi, BRUCKNER und Oberregierungsrat BETHGE, also Art II. An sich war es so, dass die Umsiedler während des Lageraufenthaltes noch der Vomi unterstanden und in dem Augenblick wo sie aus dem Lager waren einer anderen Betreuung zufielen. Die Vomi soll dann dazu übergegangen sein, nur noch aus den Lagern zu beurlauben, so dass sie fortan für diese Umsiedler zuständig blieb. Andererseits erhob wohl BETHGE Anspruch darauf, diese Fälle zu betreuen.

134. Fr. War das BRUCKNER von der Vomi ?

A. Ich glaube wohl BRUCKNER, denn BETHGE und BRUCKNER waren noch die alten Kräfte.

135. Fr. Wie ist es mit den abgesiedelten Polen, nachdem sie nicht mehr ins Generalgouvernement kamen, sondern nach Deutschland zum Arbeitseinsatz ?

A. Das kann zweierlei sein, wenn echte Polen ausgesiedelt wurden, dann konnten sie an sich von den Dienststellen des Generalgouvernements im Rahmen des SAUCKEL-Programms eingefügt werden.

136. Fr. 1941 wurde das geändert, da wurden Sie nach Deutschland geschickt als Arbeiter ?

A. Find denn nach 1941 noch Aussiedlung statt oder nur Umsiedlung ?

137. Fr. Absiedlung im Rahmen der Umsiedlung ?

A. Im Rahmen der Eindeutschungsaktion von Art. III.

138. Fr. Sie wissen weiter die Absiedlung im Rahmen der Eindeutschung ?

A. Ja, dass 1941 aus Danzig/Westpreussen Angehörige der Gruppe III abgesiedelt wurden.

139. Fr. Wer war für die Versorgung verantwortlich ?

A. Der höhere SS- und Polizeiführer des Aufnahmegebietes als Beauftragter. Es mag sein, dass die Vomi noch Lager dafür hergegeben hat.  
bis zur

140. Fr. Waren die nicht besonders zur Eindeutschung unter der Vomi ?

A. Diese Absiedlungsbewegung von Danzig/Westpreussen nach Braunschweig herum ...

141. Fr. Warthogen, Litzmannstadt von der WZ Litzmannstadt wurden Sie nach Deutschland geschickt ?

A. Das ist offenbar ein anderer Komplex, darüber weisse ich nicht Bescheid. Ich wollte auf die Geschichte Danzig/Westpommern hinaus.

142.Fr. Das war keine Reichskommissar-Funktion?

A. Oh doch.

143.Fr. Dann musste der Reichskommissar die Betreuung haben?

A. Ja, der Hohe SS- und Polizeiführer als Beauftragter des Reichskommissars. Ich glaube, dass die Vomi da nicht eingeschaltet war.

144.Fr. Z.B. wenn Leute keine Deutschen werden wollten, wenn die Durchschleusungskommissionen kamen, was wurde dann gemacht?

A. Das weisse ich nicht. EWL.-Verfahren ist für ein Buch mit sieben Siegeln.

145.Fr. Das wurde teilweise im Rahmen-4 in Lagern der Vomi in Deutschland gemacht?

A. Ja, ich habe gehört, dass die Umsiedler entweder nach Litmannstadt gebracht wurden zur Durchschleusung oder die EWL. fuhr hinaus in die Lager.

146.Fr. Konnte jemand zurück, wo er hergekommen ist?

A. Das gab es nicht, denn die Leute waren doch alle freiwillig gekommen, wohl aus Angst vor den Russen.

147.Fr. Wie ist es mit Rumänien?

A. Rumänien war im Staatsvertrag und hat namhafte Beträge bezahlt.

148.Fr. Wissen Sie, wie es bei der Aussiedlung der Dobruische-Deutschen hergegangen ist?

A. Das war, soviel ich weiss, eine zwischenstaatliche Umsiedlung auf Grund des Staatsvertrages. Das ist diese Umsiedlung, bei der alle Welt die Sinnlosigkeit dieses Tuns feststellte.

149.Fr. Wissen Sie, wie es durchgeführt wurde?

A. Ich glaube, mit Dampfschiffen.

150.Fr. Wissen Sie, dass der VDA. 1935 Leute runtergeschickt hat, um das vorzubereiten?

A. Sein.

151.Fr. Kennen Sie einen Leo STEINBAUER?

A. 1935 bereitet? Ich bin überrascht. Also gerade diese Umsiedlung erschien allen besonders unsinnig.

152.Fr. Da waren auch A-Fälle darunter?

A. Ich nehme an, ich weiss es nicht.

153.Fr. Wie weit ging die Vollmacht der höheren SS- und Polizeiführer bei diesem illegalen Geschlechtsverkehr? Konnten Sie Todesurteile aussprechen?

A. Ich sagte schon, den Erlass selbst habe ich nicht gesehen, aus der Praxis weiss ich es auch nicht, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass dort ein Gericht zusammentrat, denn das war bei der Polizei nicht üblich, in Polen schon gar nicht.

154.Fr. Wie liefen diese Fälle beim Stabshauptamt?

A. Ich sagte schon dazu, dass ich diese Einzelvorgänge kenne, diese mir unverständlich erscheinenden Briefe kenne, in denen nur lakonisch mitgeteilt wurde, dass ein betreffender Pole fuer widersprechungsunfähig erklärt wurde.

155.Fr. Ueber Urteile sind Sie nicht verurteilt worden?

A. Nein, ich kann mich nicht erinnern, in diesen Dingen herrschte tatsächlich eine gewisse Geheimhaltung.

156.Fr. Wie ist es mit Ostarbeiterinnen, die Kinder bekamen in Deutschland?

A. Ich weiss nur, dass da Abtreibungen gemacht werden sollten.

157.Fr. War der Befehl von GEBHART?

A. Ich nehme an, vom Reichssicherheitshauptamt, denn das war eine ausgesprochene Fremdvollfrage.

158.Fr. Ist das nicht aktensenfänglich angelaufen?

A. Ich glaube nicht, ich weiss nicht, immerhin, ich habe diesen Erlass ueber Abtreibung bei Ostarbeiterinnen einmal gesehen.

159.Fr. Im Stabshauptamt?

A. Nicht im Stabshauptamt sondern in Zusammenhang bei einer Besprechung im Justizministerium ueber eine Verordnung von Schutz der Familie und Mutterschaft, die 1943 herauskam. Da war ein Paragraph enthalten, wonach fuer nichtdeutsche Personen Sonderbestimmungen getroffen werden konnten.

160.Fr. Wie hat das Stabshauptamt daran mitgearbeitet ?

A. Das Stabshauptamt ist vom Justizministerium bei der Abfassung der Ausführungsbestimmungen zu diesem Paragraphen beteiligt worden, aber soweit ich mich erinnern ist die Federführung nachher übergegangen an die Parteikanzlei und Reichssicherheitshauptamt.

161.Fr. Das beschäftigte sich auch mit diesen Abtreibungen.

A. Nein, im Rahmen dieser Bestimmungen sollte nur geklärt werden, ob auch Abtreibungen die Ausländer bei sich vornehmen liessen nach den strengen Gesetzen der Deutschen bestraft werden sollte. Die Problemstellung war die, dass die Besselen des Dritten Reiches sagten, wir haben kein Interesse daran, ob eine Ausländerin abtreibt oder nicht, je mehr desto besser. Das wurde vom Justizminister eingewandt, dass Deutschland in Mitten von Europa eine Case von Abtreibungen ergebe. Im Zusammenhang damit überlegte man, bei welchen Gruppen von Ausländerinnen diese Dinge erlaubt sein sollten oder bei welchen nicht. Man meinte, z.B. dass eine Norwegerin nicht abtreiben dürfte.

162.Fr. Bei der Ausarbeitung war das Stabshauptamt nicht beteiligt ?

A. Sicher war das Stabshauptamt bei diesen Beratungen zugezogen.

163.Fr. Und bei Ausarbeitung der Verordnung ?

A. Ich kann es nicht mit Sicherheit sagen. Die Verordnung selbst war eine Neufassung alter strafrechtlicher Bestimmungen.

164. Fr. Waren Sie Vertreter bei der Besprechung ?

A. Höchstwahrscheinlich ich oder einer meiner Mitarbeiter.

165.Fr. Wie ist es in der polnischen Gesetzgebung. Die polnischen Gerichte wurden doch auch angewiesen, diese Sache nicht zu bestrafen ?

A. Das weiss ich nicht.

166.Fr. Wie ist es, wenn eine Ostarbeiterin ein Kind bekommen hat, wo es nicht rechtzeitig erkannt worden ist, was wurde mit dem Kind gemacht ?

a weiss ich nicht. Ich wollte noch sagen im Zusammenhang mit der Beratung dieser Verordnung, wurde ein Erlass vorgelegt, in dem die Abtreibung bei Mitarbeiterinnen irgendwie geregelt werden sollte. Es sollte wohl durch einen Arzt gemacht werden. Ich glaube nicht, dass in dem Erlass irgend etwas von bereits zur Welt gekommen Kindern gestanden hat.

167.Fr. Das Stabshauptamt war jedenfalls an Sitzungen beteiligt.

A. Ja, aber da ging es um die andere Frage, ob man die Abtreibung freigeben sollte. Das Justizministerium sowie überhaupt viele Minister neigten dazu, die Einladung unmittelbar an das Stabshauptamt zu schicken und sehr häufig wurden dann die Vorgesage abgegeben an das zuständige Hauptamt.

168.Fr. An der Ausarbeitung war das Stabshauptamt beteiligt?

A. Ganz allgemein bei den Durchführungsbestimmungen zu diesen Paragraphen. Die Sache lief daraus hinaus, dass man nachher feststellte, die Frage wurde bereits geregelt durch den Erlass, der vorgelegt wurde, ich glaube von Reichssicherheitshauptamt. Jedenfalls kam heraus, als Ergebnis, dass der alte Erlass aufrecht erhalten werden sollte und im übrigen eine Generalklausel, nachdem die Gerichte nach Ermessen entscheiden sollten. Während bei Abtreibung einer deutschen Frau das Gericht bestrafen musste, konnten sie Ausländerinnen vernehmen und sagen, der deutsche Staat hat kein Interesse.

169.Fr. Diese Ermächtigung war ein Ergebnis der Besprechung? Das war die Besprechung so das Stabshauptamt dabei war?

A. Da war zumindest das Stabshauptamt im Anfangsstadium dabei.

170.Fr. Wer war noch dabei?

A. Parteikanzlei, Innenministerium.

171.Fr. Von Reichskommissar-Sektor nur das Stabshauptamt?

A. Höchstwahrscheinlich auch Masse- und Siedlungshauptamt.

172.Fr. Wissen Sie, wer?

A. Nein, und Reichssicherheitshauptamt vor allem.

173.Fr. Ich glaube, wir haben einen grossen Teil des Rahmens hinter uns. In welcher Hinsicht glauben Sie, dass noch Sachen nicht besprochen wurden, bezueglich der Umsiedlung, also im Rahmen des Reichskommissars, nur themenmassig, wir wollen heute nicht darauf eingehen?

A. Volkliste, das ist einer der wenigen Punkte, wo ich noch nicht mit den Anschauungen von Hr. SCHUNK uebereinstimme, in der Freiwilligkeit.

174.Fr. Es war nur Zwang.

A. Wenn Sie an die Gruppe 1 denken, die war doch freiwillig.

175.Fr. Das war vielleicht SoF, die Mehrzahl war nicht freiwillig.

A. Denken Sie an den LOHMEYER'schen Begriff des "Einsingepresseten". Es stecken bestimmt viele Leute daunter, die sich um die deutsche Volkliste beworben haben. In Punkte Volkliste war HIMMELER immer sehr ablehnend, weil er basierend war von der Idee, das deutsche Volk rein zu halten. Er wollte um Gottes Willen keinen Zwang bei Polen haben. Da gab es einen Fall, da hat ein Kreisleiter in Westpreussen einen Polen 1 1/2 Stunden zur Wand stehen lassen ...

176.Fr. Man hat sich aber sehr darueber aufgeregt. Die Statistiker haben festgestellt, in diesem Bezirk mussten soundsoviel Deutsche sein und dann sind die Meldungen nicht alle gekommen und deshalb sind die drastischsten Massnahmen ergriffen worden.

A. Es muss einen Grund gehabt haben.

177.Fr. Selbstverstaendlich.

A. Es war Zwang dabei, aber nicht immer und da ist mir eingefallen, diese Gruppe 1.

178.Fr. Wieviele Leute waren das, 10%?

A. Ich sage nicht, es war kein Zwang dabei. Die Enttarnung kam 1, 2 Jahre spaeter.

179.Fr. Ausserdem ist es nicht nachweisbar, dass Zwang dabei war oder nicht, weil die

verschiedenen Massnahmen ergriffen worden sind der Lebensmittelrationen usw.

A. Sachzuweisen ist es nicht, nur es widerspricht so meinen Erfahrungen, dass man sagt, alle waren gepresst.

Hö.Fr. Das waren alles fuer heute.

.....

23-1619-101

Interrogation

v. 16. X. 47.

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

RESTRICTED

Interrogation #

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1948/56

Vernehmung des Kuno WIRSICH  
am 16. Oktober 1947 von 16.15 - 17.15 Uhr  
durch DR. E.H. SCHWENK und Mr. MEYER  
auf Veranlassung von Dr. E.H. SCHWENK  
Stenographin : H. LANG.

1. Fr. Können Sie mir mal die Geschichte eines Volksdeutschen erzählen,  
und zwar, wenn es möglich ist, nicht einen der von einem Vertrag  
erfasst worden ist, es ist gleich ob er Neuller oder Schultze heisst,  
nehmen wir einmal das Generalgouvernement, oder den Warthegau ?  
Oder wie ist es mit Russland ? Aber das ist kein gutes Beispiel ?

A. Speziell weiss ich darüber auch nicht so Bescheid.

2. Fr. Wie ist es mit Bessarabien ?

A. Da war doch ein Vertrag mit der Union.

3. Fr. Ja, das stimmt mit Russland. Aber er hatte doch nicht mehr die Wirk-  
samkeit als der Krieg ausgebrochen war ?

A. Nein nach Ausbruch des Krieges stellten die Russen ja auch die Zahlungen  
ein.

Also bei einem Umsiedler aus Bessarabien stelle ich mir die Entwicklung  
so vor. Ich weiss dies allerdings nicht aus eigenen Zuehbearbeitung,  
sondern nur aus Erzählungen, Literatur, Büchern und der Umsiedler-  
zeitschrift. Da wesentlichen muss ich das aus meiner Phantasie be-  
richten.

Ich ersahle es aus Bessarabien:

Da erschienen eines Tages im Dorf, wo diese Volksdeutschen seit Genera-  
tionen mit ihren Familien ansässig waren, und zwar auf gutem Boden,  
ein Umsiedlerkommando, bestehend aus deutschen Mannern, in SS- Uni-

RESTRICTED

- A. form, mit einem Aermelstreifen wo aufgedruckt stand "Umsiedlerkommando."
4. Fr. Das waren Maenner von der Volksdeutschen Mittelstelle (Vomi) ?
- A. Ja, deshalb brauchten sie ja nicht der SS angehört zu haben.
5. Fr. Machen wir weiter ?
- A. Diese Maenner beklebten dann die Plakatsaulen, Scheunentore und sonstigen freien Stellen mit grossen Plakaten, auf denen zu lesen war, dass das Grossdeutsche Reich und die Sowjetunion sich freundschaftlich dahingehend verstaendigt haetten, dass Deutsche dieses Gebiet verlassen sollten, um Reibungspunkte zwischen den beiden Staaten, auszuschalten oder Minderheitsprobleme unmoeglich zu machen. Ferner war wahrscheinlich auf diesen Plakaten zu lesen, dass die Umsiedler im Deutschen Reich neue Ansiedlungsgebiete zur Verfuegung gestellt bekamen und dass Vermoegenausgleiche geschaffen werden,
6. Fr. Sie wissen das nicht genau ?
- A. Nein. Ich habe das irgend wo mal gelesen.
- Dann nach ein paar Tagen der Ankuenndigung erechien das Kommando wieder im Dorf, um die Meldungen derjenigen Familien entgegen zunehmen, welche sich zur Umsiedlung entschlossen hatten.
- Meines Wissens gab es 2 Gebiete, welche umgesiedelt wurden, ich glaube, dass es im Jahre 1940 war.
7. Fr. Mit Wolhynien gab es doch urspruenglich auch einen Vertrag ?
- A. Ich glaube ja. Ich weiss aber nicht, mit wem Wolhynien einen Vertrag geschlossen haben sollte.
8. Fr. Vom Generalgouvernement wissen Sie nichts ?
- A. Nein.
9. Fr. Von Frankreich ?

RESTRICTED

A. Auch darüber weiss ich nicht Bescheid.

10. Fr. Mit GOTSCHKE-LEIBACH war doch ein Vertrag mit Kroatien?

A. Das weiss ich auch nicht bestimmt.

11. Fr. Bosnien?

Slowakei war wahrscheinlich ein Vertrag?

A. Ja.

12. Fr. Wer hat das Endurteil gefällt "A" oder "S" - Faelle?

A. Das weiss ich nicht.

13. Fr. Wer hat das Endurteil zusammengefasst?

A. Das weiss ich nicht.

14. Fr. Wer koennte das wissen?

A. HAHN, EHLICH.

15. Fr. Am 10.10.1939 ist die Haupttreuhandstelle Ost errichtet worden?

A. Ja.

16. Fr. Die Zustaendigkeit der Haupttreuhandstelle Ost ist wo geregelt worden?

A. Meines Wissens in der 1. Anordnung/ des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums.

Buch wird vorgelegt.

17. Fr. Am 10. November 1939 ist eine Verfuegung von HEDLER erlassen worden, worin vorgesehen ist, dass das Zentralbodenamt die landwirtschaftliche Beschlagnahme vornehmen sollte. Stimmt das?

A. Ja.

Ich weiss, dass unmittelbar nach der Errichtung der Haupttreuhandstelle Ost eine vorlaeufige Vereinbarung stattfand zwischen HIMMLER und WINKLER oder zwischen GREIFELT und WINKLER.

18. Fr. Sie meinen demnach, dass die Verordnung vom 10. November 1939 nicht

RESTRICTED

18. Fr. nicht die urspruengliche war ?

A. Nein, das war nicht die urspruengliche.

19. Fr. Ist dann die richtige vom 1. November 1939 ? Geschrieben bei GOERING ?

A. Das weiss ich nicht.

Am 16. Dezember 1939 erfolgte dann die erste rechtliche Arbeitsgrundlage, ein regulärer Beschlagnahmegerlass, der beruhte auf eine Absprache zwischen HIMMLER und GOERING. Und war gestuetzt auf das allgemeine Polizeirecht.

20. Fr. Sie meinen allgemeine Beschlagnahme.

A. Ja. Am gleichen Tage kam bereits der bekannte Erlass ueber die Beschlagnahme von Kulturgutern. Das waren aber zwei getrennte Erlasse. Dann am 15. Januar 1940 Reichgesetzblatt, Verordnung ueber beschlagnahmtes polnisches Staatsvermoegen.

Am 12. Februar 1940 Reichsland ...

Dann kam die polnische Verrechnungsordnung.

21. Fr. Das war alles ?

A. Ja. vorangegangen sind die Verordnungen der Militaerbefehlshaber.

22. Fr. Dazwischen zwischen den Verordnungen hat auch HIMMLER Verfaegungen erlassen.?

A. Ja. Aber die Datums sind mir nicht bekannt. Das waren interne Verfaegungen, deren Datum mir nicht bekannt geworden ist.

23. Fr. Die Deutsche Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft war doch zweifellos ein Organ des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums ?

A. Ja.

24. Fr. Durch was kommt das zum Ausdruck ?

A. Dadurch, dass die beiden Geschaeftsfuehrer KULLENMANN und KLEINSCHMIDT sehr haeufig im Stabshauptamt erschienen, wenn es sich um wichtige

RESTRICTED

24. A. Entscheidungen drohte, kamen sie und besprachen diese mit GEBFELT.  
Und ich glaube, dass die beiden auch bei Antschefbesprechungen teilgenommen haben.
25. Fr. Erinnern Sie sich an eine Verfügung, von SCHWARZENBERGER, wo er sagte, die DDT ist ein Amt des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums.
- A. Mein, nie, Amt ist nicht richtig, man kann sagen ein Organ. Darüber wird es doch wohl kaum Zweifel geben?
26. Fr. Doch. KULLERMAN und KLINNSCHMIDT koennen das nicht hoeren, GEBFELT hoert das auch nicht gerne.
- A. Kann ich nicht verstehen.
27. Fr. Die DDT war als Dienststelle des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums taetig?
- A. Dienststelle ist uebertrieben, aber Organ ist richtig.

e n d e .